

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement: 3.00 Mk. monatlich 1.00 Mk. wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1.00 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungsverzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.00 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.  
 Erscheint täglich.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsbeständige Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Besprechungsaufsätze 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pf. (zu 10 Pf. 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Schlußanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.  
 Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.  
 Donnerstag, den 11. Mai 1916.  
 Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

## Herr Hughes.

Die „Kreuz-Zeitung“ glaubte kürzlich eine von uns im Auszug veröffentlichte heftige Rede des australischen Ministerpräsidenten Hughes gegen die kriegsfeindlichen australischen Sozialisten in dem Sinne auszuschlachten zu können, daß auch ein Arbeiterministerium nicht die demokratische Freiheit gewähre. Hierbei übernahm das konservative Blatt freilich die Kleinigkeit, daß es sich nicht darum handelt, ob dieser oder jener Minister Arbeiter oder gar Sozialist ist, sondern darum, ob er, im Besitz der politischen Macht, den Interessen seiner Klasse dient, oder nur der Sachwalter der Interessen der zur Zeit herrschenden Bevölkerungsklassen ist. Wie verderblich der sozialistische Ministerialismus auf die Arbeiterbewegung in Europa wirkte, zeigte am deutlichsten die Ministerialpolitik eines Millerand oder Briand. In Australien kam dieser Ministerialismus insofern anders zur Geltung, als das dortige „Arbeiterministerium“, dank den besonderen Verhältnissen Australiens, eine sozialreformerische Tätigkeit entfalten konnte, die die Interessen der Mehrheit der Arbeiter befriedigte. Machte sich aber bereits in Friedenszeiten ein Gegensatz zwischen dem, in engen, nur gewerkschaftlichen Bahnen wandelnden Arbeiterministerium und den sozialistischen Arbeitern bemerkbar, so nahm dieser Gegensatz im Kriege einen um so schärferen Charakter an, als das Ministerium, mit Herrn Hughes an der Spitze, die demokratischen Grundzüge preisgab und sich vollkommen in den Dienst des Militarismus und des Imperialismus stellte. Nicht genug damit, begab sich Hughes als Bannerträger des britisch-imperialistischen Gedankens nach England, wo er in kurzer Zeit als der verhasste Liebling der Yingos an die Spitze der Propaganda für die Dienstpflicht und den Schutzoll trat. Daß er hierbei keineswegs die Sympathien der englischen Arbeiter fand, zeigte bereits die Demonstration einer starken Minderheit des Jahreskongresses der schottischen Gewerkschaften, die zum Protest gegen das aufdringliche Erscheinen Hughes den Kongreß verließ. Nun wendet sich auch der bekannte englische Genosse Philip Snowden im „Labour Leader“ gegen Hughes, und zwar nicht nur im Namen der englischen, sondern auch der australischen Sozialisten. Der Hauptabsatz dieses Briefes lautet folgendermaßen:

„Verehrter Herr Hughes, Sie sind in dieses Land gekommen zu einer Zeit, wo die Demokratie ihren Kampf auf Tod und Leben um ihr Dasein ausfocht, wo ihre erblichen Feinde aus dem Kriege allen Vorteil ziehen, um ihr ihre politischen, sozialen und industriellen Freiheiten wegzunehmen. Sie haben mit keinem Wort jemals dagegen Einspruch erhoben. Im Gegenteil, Sie haben der Regierung die mächtigste Unterstützung geleistet, die sie nur finden konnte bei allen ihren Plänen. Sie, der Sie als Vertreter der Arbeit auftreten wollten, haben dazu geholfen, uns auf dem Wege der Dienstpflicht den preussischen Militarismus aufzudrängen. Sie haben sich mit den bellagenden Lehren des Schutzolles einverstanden erklärt und haben dabei mitgeholfen, diese in Australien neu zu beleben. Sie geben sich als Vertreter Australiens, Sie haben aber kein Recht, eine solche Rolle zu spielen! Sie wissen ganz gut, daß Ihr Ministerium völlig ohne Autorität ist, und daß bei der ersten Gelegenheit Sie und Ihr Ministerium weggefegt werden. Sie wissen, daß die australische Presse, die — mit ein oder zwei ehrenhaften Ausnahmen — Ihnen um den Hals gefallen ist und Sie gefäßt hat, als den reinen Sohn, der zurückkehrt in den kapitalistischen Schaustall. Sie haben viel geschwätzt über die Ausrottung des deutschen Kapitalismus im australischen Handel, aber Sie haben sehr bedeutsam geschwiegen über die Zusammenhänge zwischen Kapital und Arbeit in Ihrer Heimat. Sie haben nie in Ihren Reden die ersten Unruhen erwähnt, die innerhalb der australischen Truppen herrschten, und die kürzlich in einem Tumulte gipfelten, welcher eine Zeitlang alle Werbungen hinderte. Sie behaupten, daß Sie die Meinung Australiens über die Dienstpflicht ausdrücken, aber da glocke ich doch die Meinung der politischen Arbeiterpartei von Victoria vor, die kürzlich, mit nur einer abweichenden Stimme, den Dienstzwang verwurft und beschloß, bei der nächsten Wahl nur Kandidaten aufzustellen, die sich grundsätzlich gegen den Dienstzwang aussprechen. Sie haben, ich wiederhole es, kein Recht, für die australische Demokratie zu sprechen. Bisher habe ich vermieden, zu fragen, weshalb Sie nun eigentlich nach England gekommen sind. Da würde es doch nun interessant sein, den Grund davon bekanntzugeben. Ist wäre nicht erlaunt, wenn ich mit der Annahme recht hätte, daß Ihr Besuch keineswegs zu dem Zwecke gemacht war, um den Krebs des deutschen Handels auszuröten noch das britische Publikum über Schutzoll und Wehrpflicht aufzuklären. Ist alter Freund, der Melbourne Argus, ist eine von den wenigen australischen Zeitungen, die darauf aus sind, Ihnen zu Ihrem eigenen Schaden und zu seinem Partei-Vorteil zu schmeicheln. Er schrieb neuerdings: „man habe erfahren, daß Herr Hughes' Besuch in England den Zweck verfolgte, wichtige Handels- und Verkehrsverhältnisse zum Besten Australiens abzumachen.“ Was sind denn das nun für Handelsverhältnisse, derenwegen Sie in dieses Land gekommen sind? Sollte ich schlageln, wenn ich behaupte, es sei das, den Ueberfluß an australischem Weizen in diesem Lande abzuladen und so den australischen Farmern einen enormen Gewinn zu verschaffen? Das wird wohl der Fall sein. Mit diesem Geschäft haben Sie einen Kreuzzug zur Unterstützung jeder arbeitfeindlichen und undemokratischen Bewegung unternommen, gegen welche die Arbeiter dieses Landes so lange ankämpfen. Ich bin, Ihr ganz ergebener Philipp Snowden.“

Vielleicht dient zur näheren Beleuchtung der Person des australischen Ministerpräsidenten noch der Hinweis, daß er, der sich vom Zeitungverkäufer und Hafenarbeiter zum Lehrer, Journalisten, Rechtsanwalt und Minister emporgearbeitet hat, gegenwärtig ein sehr begüterter Grundbesitzer und Aktionär ist. Als solcher dürfte er, den seine politischen Sympathien mehr und mehr in das Lager der bestehenden Klassen drängten, sich noch mehr mit den australischen Kapitalisten und Agrariern verippt fühlen, deren Geschäfte er nun so eifrig in England besorgt.

## Deutschland und Amerika. Eine Erklärung Lansing's.

Washington, 9. Mai. (W. T. U.) Meldung des Neutischen Bureaus. Nach Abdepeicherung der Note an Deutschland erließ Staatssekretär Lansing eine Erklärung des Inhalts, daß der größere Teil der Antwort Deutschlands Gegenständen gewidmet sei, über die die Vereinigten Staaten in keine Erörterung mit Deutschland eintreten könnten. Der wesentliche Inhalt der Antwort sei, daß Deutschland der amerikanischen Vorstellung nachgebe, und so lange Deutschland sich nach seinen Zusicherungen richte, fänden die Vereinigten Staaten keinen Grund zu einem Streit, jedoch unsere Verluste infolge einer Verletzung der amerikanischen Rechte durch deutsche Ulfersbootskommandanten, die gemäß der früheren Politik Deutschlands handeln, sind noch zu regeln. Während, fährt die Erklärung fort, unsere Meinungsverschiedenheiten mit Großbritannien nicht den Gegenstand einer Erörterung mit Deutschland bilden können, soll festgestellt werden, daß wir in unserem Vorgehen gegenüber der britischen Regierung so handeln, wie wir mit Rücksicht auf ausdrückliche Vertragsverpflichtungen dieser Regierung zu handeln unzweifelhaft verpflichtet sind.

## Klärung des „Sussex“-Falles.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, sind die bisher noch ausstehenden Feststellungen zum „Sussex“-Fall in der Zwischenzeit erfolgt. Nach dem Ergebnis der damit abgeschlossenen Untersuchung hat sich die aus den hier damals bekannten Tatsachenmaterial gewonnene Ansicht, daß die Beschädigung der „Sussex“ auf eine andere Ursache als auf den Angriff eines deutschen Ulfersbootes zurückzuführen sei, nicht aufrecht erhalten lassen. Es kann nicht mehr bezweifelt werden, daß das von einem deutschen Ulfersboot am 24. März dieses Jahres torpedierte vermeintliche Kriegsschiff in der Tat mit dem Dampfer „Sussex“ identisch ist. Die deutsche Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten hiervon benachrichtigt und ihr mitgeteilt, daß sie hieraus die Folgerungen im Sinne der Note vom 4. d. Mts. ziehe.

## Dressstimmen.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt unter anderem: Am Schlusse der deutschen Note war die „Erwartung“ ausgesprochen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nunmehr alles tun werde, um bei England die alsbaldige Beobachtung der völkerrechtlichen Normen mit allem Nachdruck zu verlangen und durchzusetzen, und es war hinzugefügt worden: „Sollten die Schritte der Regierung der Vereinigten Staaten nicht zu dem gewünschten Erlolge führen, den Gelehen der Menschlichkeit bei allen kriegsführenden Nationen Geltung zu verschaffen, so würde die deutsche Regierung sich einer neuen Sachlage gegenübersehen, für die sie sich die volle Freiheit der Entschlüsse vorbehalten muß.“ Gleich hinterher erklärte die „Kölnische Zeitung“ in einem Berliner Telegramm, diese „Erwartung“ stelle keine „Bedingung“ dar. Wenn es keine „Bedingung“ war, hätte man vielleicht besser getan, die Note nicht mit Sähen zu belasten, in denen Herr Wilson neue Gelegenheit zu einer stolzen rhetorischen Ablehnung fand. Um ein mögliches Mißverständnis zu vermeiden, verkündet Herr Wilson, die Regierung der Vereinigten Staaten könne sich „keinen Augenblick auf die Idee einlassen, geschweige sie erörtern“, daß „die Achtung der Rechte amerikanischer Bürger auf der hohen See durch die deutschen Marinebehörden irgendwie oder im geringsten Maße“ vom Verhalten Englands abhängig zu machen sei. Er lehnt etwas ab, was nicht als Bedingung, und somit nicht als Forderung gelten sollte, und benutzt so den Anlaß, um sich vor der Welt und vor seinen Wählern in imponierender Haltung auf das Podium zu stellen. Zunächst stehen wir, für den Augenblick, vor der Tatsache, daß auch Herr Wilson den Abbruch der diplomatischen Beziehungen vermeiden will. Er spricht sehr olympischerhaft, aber er bricht nicht ab. Viel mehr als das bestimmte Begleitkonzert geht und die Frage an, ob durch diesen Notenwechsel eine dauernde Sicherung nach der amerikanischen Seite hin für uns gewonnen ist. Eine völlige Klarheit und eine garantierende Sicherheit sind einstweilen nicht erreicht. Auch die größten Optimisten sind sich darüber wohl klar. Wird es möglich sein, das Band allmählich wieder enger zu knüpfen und den deutsch-amerikanischen Frieden wieder fester hinzustellen, der jetzt noch bedenklich schwankt? Das könnte man nur mit Weisheitsprüden beantworten, wie sie, ziemlich unverbindlich, den Naturschützen das Orakel in Delphi gab. In einem Artikel der „Post“, der den Titel „Der Geleht“ trägt, heißt es: „Schweigen hätte Herrn Wilson besser angestanden, als der deutschen Regierung diese Note ins Gesicht zu werfen...“

Wie die deutsche Erklärung, so gliedert sich auch die amerikanische Antwort in zwei Teile. Die erste bringt den Hinweis, daß die Regierung der Union das deutsche Versprechen zur Kenntnis genommen habe und durch dessen Inhalt ihren Ansprüchen Genüge getan sehe. Wir halten damit also die förmliche Bestätigung in Händen, daß die deutsch-amerikanische Spannung nun wirklich beendet ist, eine Erkenntnis, die uns nicht mehr zweifelhaft war, seit wie das Maß des deutschen Nachgebens begriffen, die uns aber um so weniger zu ungezügelter Freude stimmen kann, als uns nun von neuem von so abelwollender Stelle aus triumphierend die Tatsache des aufgegebenen Ulfersbootskrieges vor Augen gehalten wird. Nicht weniger peinlich berühren das abermalige Jota der amerikanischen „Freundschaftsgeföhle“ gegen Deutschland und der unpassende Ausdruck der Hoffnung auf eine sorgfältige Ausführung des deutschen Angebot. Deutsche Art ist es nicht, Zulagen frivol zu brechen. — Immerhin mag uns dieser ganze erste Teil der amerikanischen Antwort, so hochtrabend er klingt, nicht sonderlich bewegen; auch dieser Wissen des lauren Spiels muß hinunter; auf das sachliche Ergebnis fällt schließlich der Hauptaugenmerk: die Beziehungen zwischen Union und Deutschland sind nordwärts gestiegen.

Weitans empfindlicher trifft der zweite Teil der Wilsonschen Erwiderung das deutsche Gefühl, jener Teil, der Antwort auf die deutsche Forderung eines amerikanischen Vorgehens gegen England gibt. Hier fällt Wilson vom Lehnhaken völlig ins Ueberhöbliche, fast ins Jüdische. — Wir haben bereits zuvor den Bestätigungen Ausdruck verliehen, die sich an den Schlußsatz der deutschen Note folgerichtig knüpfen mußten; wir haben nicht die Möglichkeit, daß sich die Regierung des Rechts der freien Entscheidung wirksam bedienen könnte, falls es Amerika nicht einfiel, England zu völlerrechtlichen Gespögenheiten zurückzuführen. Heute bereits sehen wir die volle Berechtigung dieser Bedenken; denn mit brutaler Deutlichkeit geht Wilson schon heute hohnlachend über die deutschen Wünsche hinweg. . . .

Sachlich konnte Amerika wahrhaftig zufrieden sein, und war es auch. Den Ausdruck dieser Zufriedenheit nun mit offenem Hohn würzen, heißt jeden Sinnes für die Formen ermangeln, in denen sich der Verkehr bislang befreundeter Kulturböller erlebigen mußte. Kurzum, — es war ein schlechtes Stück, Herr Wilson, den Geaner, der den Willen zu äußerstem Entgegenkommen betrießen hat, schließlich noch zynisch zu verlegen! . . .

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt nach einem T.-U. Telegramm:

Zu der amerikanischen Note sagt die „Frankfurter Zeitung“ u. a.: Präsident Wilson hat den Beweis geliefert, daß ihm die Wahrung des Friedens mit Deutschland am Herzen liegt. Darum haben wir auch das Vertrauen, daß er sich ernstlich Bemühen wird, seine seit langen andauernde, bisher aber fruchtlose Auseinandersetzung mit der britischen Regierung, die die Freiheit des Meeres gänzlich vernichtet hat, zu einem greifbaren Ergebnis zu führen. Er ist England gegenüber in einer anderen, diplomatisch fast noch stärkeren Lage, als in den Verhandlungen mit Deutschland. In diesen tritt er als amerikanisches Staatsoberhaupt auf, das das Leben amerikanischer Bürger zu sichern hat, gegen die von England ausgeübte Willkürherrschaft auf dem Meere aber erhebt sich Wilson nicht bloß als amerikanischer Präsident, sondern als der mächtigste Mann und geborene Wortführer der ganzen neutralen Welt. In dem furchtbaren Wähleringen jeden sich die am Kriege nicht beteiligten kleineren Staaten Europas schäuflos den Uebergriffen dessen preisgegeben, der über die stärkste Flotte verfügt. Ihre maßgebliche Verteidiger ist die einzige neutralgelebene Großmacht. Es gehört mit zu den Folgen dieses an Widersprüchen reichen Krieges, daß Amerika berufen wird, Europa vor sich selbst zu beschützen.

Die „Kölnische Zeitung“ führt zur amerikanischen Antwortnote aus: Trotz seiner Weigerung, die Dinge im Zusammenhang zu sehen, wird Wilson nicht umhin können, auf die nunmehr halbjährig hinausgeschobene Antwort Englands auf seine große Beschwördenote zurückzukommen. Jedenfalls ändert Wilsons Antwort nichts an der deutschen Erklärung, wonach für uns ein ganz enger Zusammenhang zwischen Englands völlerrechtswidrige Blockadepolitik und unserem Ulfersbootskrieg besteht.

## Arbeiterbewegung in Amerika und der 1. Mai

Ein Kabelbericht im „Daily Telegraph“ vom 3. Mai meldet aus New York: Ein großer Streik in den Anthrazitkohlenruben, der 170 000 Arbeiter umfaßt haben würde, ist durch die fast völlige Befriedigung der Forderungen der Arbeiter vermieden worden. Die Werkskosten der Gesellschaften werden zehn bis zwölf Millionen Dollar jährlich betragen.

Sonstige Arbeiterkündigungen haben überall im Lande in großem Maße stattgefunden. Man schätzt die Zahl der in den Zustand getretenen Arbeiter auf zwei Millionen. Die Vörse zeigt sich nicht beunruhigt, weil sie an Beilegung der Streiks nach dem üblichen Fellschen glaubt.

Ein Streik der Maschinenfrachten brachte in New York die Schiffsahrt zum Stillstand, weil er nicht weniger als 700 Schlepper lahmlegte.

## Die Frage des Durchzugs serbischer Truppen durch Griechenland gelöst?

Von der italienischen Grenze, 10. Mai. (T. U.) Nach einem Privattelegramm des „Corriere della Sera“ hätte Griechenland den Ententemächten zu verstehen gegeben, der einzige Weg, der für den Transport serbischer Truppen durch griechisches Gebiet in Frage kommen könnte, sei der durch die Meerenge von Korinth. Da die Truppentransportschiffe für diese Wasserstraße indes zu groß sind, müssen Küstenampfer verwendet werden. Nach einem weiteren Telegramm scheint es, daß diese Lösung des Problems des serbischen Durchzugs von Griechenland angenommen werden könnte.

## Kämpfe in Albanien.

**Thien, 9. Mai. (W. T. Z.)** Aus Telepepe wird gemeldet, daß heftige Kämpfe auf der Straße Jieri-Balona stattfinden, wo die Oesterreicher mit großer Wucht die italienischen Verschanzungen angriffen. Auf beiden Seiten trat schwere Artillerie in Tätigkeit. Die Ueberführung der serbischen Truppen von Kofu nach Salouisi dauert auf dem Seeweg an.

## Der französische Tagesbericht.

**Paris, 10. Mai. (W. T. Z.)** Amtlicher Bericht von Dienstag nachmittag. Zwischen Dile und Aisne wiesen wir einen Handstreich auf eine unserer Werke südlich von Autrech zurück. In den Argonnen nahmen wir in der Gegend von Bolarte zwei kleine Festen weg, deren Verteidiger getötet worden waren, und besetzten einige Trichter von ihnen. Auf dem linken Maasufer hat der Feind die ganze Nacht hindurch unsere Graben auf der Höhe 304 beschossen. Ein gegen 3 Uhr morgens angelegter deutscher Angriff wurde vollständig abgewiesen. Auf dem rechten Maasufer führten nächtliche Gegenangriffe zur Vertreibung des Feindes aus einigen Teilen der ersten Linie, nordwestlich der Farm Thiamont, welche er noch besetzt hielt. Festige Beschließung unserer Linien zwischen Douaumont und Faug und in den Abschnitten von Etz und Chailion-l'au-le-Cote. In der Vorbre-Ebene Handgranatenkampf im Walde von Kpremont, ebenso im Bechtal. In der übrigen Front war die Nacht verhältnismäßig ruhig.

**Paris, 10. Mai. (W. T. Z.)** Amtlicher Bericht vom Dienstagabend. In der Champagne beschloß unsere Artillerie deutsche Graben und Batterien nördlich von Villa-sur-Tourbe und feindliche Verkehrsstrassen in der Gegend von Somme Th. Auf dem linken Maasufer war das Bombardement weniger heftig. Im Laufe des Tages versuchte der Feind einen Angriff auf einen Graben westlich der Höhe 304, der aber durch unser Sperrfeuer glatt angehalten wurde und sich nicht entwickelte konnte. Auf dem rechten Ufer und in der Woevre zeitweilig ausgehender Kampf. Aus dem letzten Bericht geht hervor, daß die Deutschen in der Nacht vom 8. zum 9. Mai in der Gegend der Höhe 304 drei sehr heftige Angriffe mit starken Kräften ausgeführt haben. Einer davon fand auf unsere Stellungen bei der Höhe 297, ein anderer auf unsere Graben nordöstlich der Höhe 304 und der letzte endlich auf das Gebirg westlich dieser Höhe statt. Alle diese Angriffe brachen in unserem Feuer zusammen und kosteten dem Gegner sehr ernste Verluste. Unsere Batterien nahmen Verproviantierungsabteilungen und andere Abteilungen auf der Straße von Effey nach Lagendille, nordwestlich von Pont-a-Mousson, unter Feuer.

**Belgischer Bericht:** Artilleriekampf von geringer Heftigkeit auf verschiedenen Punkten der Front des belgischen Armees.

## Die englische Meldung.

**London, 10. Mai. (W. T. Z.)** Heeresbericht vom Dienstag: In der letzten Nacht Minenkampf zwischen Neuville-St. Vaast und Souchez sowie nördlich Armentieres und östlich Ypern ohne Veränderung der Lage. Die Tätigkeit der Artillerie war sehr gering und ohne Bedeutung.

## Das Geheimnis des Transportes russischer Truppen nach Frankreich aufgeklärt.

**Amsterdam, 8. Mai. (T. N.)** Dem holländischen Blatte „Nieuws van den Dag“ wird von seinem Vertreter in Niederländisch-Indien unterm 21. März geschrieben: Man wird sich daran erinnern können, daß vor einigen Monaten in unserem Blatte ein Bericht veröffentlicht worden ist, wonach etwa zehn japanische Transportschiffe mit Truppen an Bord in den indischen Gewässern beobachtet worden seien. Diese Meldung, die zu allerlei Vermutungen Anlaß gab, machte damals die Runde. Man war der Ansicht, daß japanische Soldaten nach dem französischen Kriegsschauplatz gebracht werden sollten. Einige leichtgläubige Köpfe machten sich sogar Sorgen und meinten, es sei ein Angriff der Japaner auf die Südsee-Inseln geplant. Wir sind nun in der Lage, den Käse, den dieser geheimnisvolle Truppentransport umhüllt, lüften zu können. Eine maßgebende Persönlichkeit, die kürzlich aus der französischen Gefechtszone zurückgekehrt ist, und ebenso eine andere maßgebende Person, die Kenntnis von dieser Sache haben muß, haben uns recht wertvolle Aufklärungen über die Truppentransporte auf dem Indischen Ozean zuteil werden lassen. Nach deren Aussagen wurden mit diesen japanischen Transportschiffen lediglich russische Truppen transportiert, die für den französischen Kriegsschauplatz bestimmt waren; aber nicht allein mit diesen japanischen Schiffen hat man diese Transporte vorgenommen, sondern sie wurden vor allem auch auf französischen und englischen Dampfern bewerkstelligt. Diese russischen Truppen waren in der Randseerei ausgebildet worden und mußten den langen, aber einzigen Weg nach dem französischen Kriegsschauplatz über den Indischen Ozean durch den Suezkanal nehmen. Damit ist also die geheimnisvolle Fahrt der japanischen Transportdampfer aufgeklärt.

## Der russische Kriegsbericht.

**Petersburg, 10. Mai. (W. T. Z.)** Amtlicher Bericht vom 9. Mai. Westfront: Die Deutschen beschossen den Brückenkopf von Verfall. An der Däna, Sukschawars Jakobstadt, zerstörten wir mit Erfolg eine Anzahl deutscher Arbeiter.

**Kaukasusfront:** In der Richtung Erzinsjan entwickelten die Türken ohne Erfolg im Laufe des Tages hartnäckige Angriffe auf unsere Stellungen. Der Feind erlitt erdrückende Verluste und stellte gegen Abend sein Vorgehen ein. In Richtung Diabele vertreiben wir die Türken von einer Gebirgskette südlich Nisch. Nachdem wir in Richtung Vagdad den Feind aus seinen besetzten Stellungen geworfen hatten, verfolgten wir ihn weiter nach Westen und nahmen ihm bei der Verfolgung noch eine Heldkavone ab.

## Meldung der italienischen Heeresleitung.

**Rom, 10. Mai. (W. T. Z.)** Amtlicher Bericht vom Dienstag. Die Artillerietätigkeit an der Front hält, obwohl durch kaltes Wetter behindert, an. Im Toskana-Gebiet besetzte eine unserer Abteilungen nordöstlich vom dritten Gipfel eine wichtige Stellung in einer Höhe von 2930 Metern. Auf dem Arn flogen unsere Truppen an der Wöschung des Lepenje-Gebirges den Stata hinab und warfen Bomben gegen die feindlichen Stellungen. In der Nähe der Straße von San Martino del Carlo ließ der Feind in der Nacht vom 7. zum 8. Mai Minen springen, die am Kopfende eines unserer Graben Beschädigungen verursachten und einen Teil der feindlichen Verschanzungen zum Einsturz brachten. Südwestlich von San Martino liehen wir neuerdings unsere Minen springen, wodurch die feindlichen Linien zerstückt wurden. Die Zerstörung wurde durch das kräftige und genaue Feuer unserer Artillerie vervollständigt.  
Cadorina.

## Bericht des türkischen Hauptquartiers.

**Konstantinopel, 10. Mai. (W. T. Z.)** Bericht des Hauptquartiers:

An der Front keine Veränderung.

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

**Amtlich. Großes Hauptquartier, den 10. Mai 1916. (W. T. Z.)**

### Westlicher Kriegsschauplatz.

In den Argonnen versuchte der Feind, im Anschluß an eine Sprengung in unsere Graben einzudringen, er wurde zurückgeschlagen.

Südwestlich der Höhe 304 wurden feindliche Vortruppen weiter zurückgedrückt und eine Feldwache aufgehoben. Unsere neuen Stellungen auf der Höhe wurden weiter ausgebaut.

Deutsche Flieger belegten die Fabrikanlagen von Dombasle und Raon l'Etape ausgiebig mit Bomben.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Garbunowka (westlich Danaburg) wurde ein russischer Vorstoß auf schmaler Frontbreite unter schweren Verlusten für den Gegner abgewiesen.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

### Oberste Heeresleitung.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

**Wien, 10. Mai. (W. T. Z.)** Amtlich wird verlautbart:

### Russischer Kriegsschauplatz.

In Ostgalizien und Böhmen andauernd erhöhte Tätigkeit bei den Sicherungstruppen.

### Keine besonderen Ereignisse.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Nachdem der Feind schon gestern einzelne Teile des Görzer Brückenkopfes und der Hochfläche von Dobers lebhafter beschossen hatte, setzte er heute früh mehrere Angriffe gegen San Martino an, die alle abgewiesen wurden.

Auch an der Karnater und östlicher Front kam es stellenweise zu einer erhöhten Artillerietätigkeit.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

#### Unverändert ruhig.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.  
v. Hofer, Feldmarschallleutnant.

An der Kaukasusfront machten wir in östlichen Kämpfen, die sich auf dem rechten Flügel und im Zentrum abspielten, eine Anzahl Gefangene und Beute. Im Zentrum wurde der Angriff einer feindlichen Kompanie mit für sie großen Verlusten zurückgeschlagen. Im Abschnitt von Wittis keine Veränderung. Infolge eines überraschenden Angriffs, den wir im Abschnitt von Kirvag, ungefähr 40 Kilometer nordwestlich von Mouch, auf eine feindliche Abteilung unternahmen, wurde der Feind in Richtung von Kirvag zurückgeworfen und verlor dabei 50 Mann und ließ auch einige Leute in unseren Händen. Im Zentrum mußte eine Streitmacht von 2 Kompanien, die auf den Abhängen des Berges Bathli, 5 Kilometer nordöstlich des Berges Kope bemerkt worden war, den Rückzug antreten, nachdem sie schwere Verluste erlitten hatte. Wir machten hier eine Anzahl Gefangener. Auf dem linken Flügel beschäftigte sich der Feind in der Küstengegend in einzelnen Abschnitten mit Befestigungsanlagen. Als Vergeltungsmahregel gegenüber der russischen Flotte, die offene Städte und Dörfer an der anatolischen Küste beschießt und harmlose Segler und Fischerboote zerstört, vernichtete der Kreuzer „Wilki“ zwischen Sewastopol und Eupatoria ein Schiff von 4000 Tonnen und eine Anzahl von Segelschiffen.

Am 25. April begann ein feindlicher Monitor östlich der Insel Imbros die Umgegend von Sedd ul Bahr zu beschießen, aber eines unserer Kampfflugzeuge zwang ihn, nachdem er die feindlichen Flugzeuge in die Flucht geschlagen hatte, das Feuer einzustellen, nachdem er zehn Geschosse ohne Ergebnis abgefeuert hatte. Ein feindliches Wachtschiff, das westlich von Moucha Kda in den Gewässern von Smyrna erschien, wurde von unserer Artillerie unter Feuer genommen. Ein Geschöß traf, wie beobachtet wurde, das Schiff, explodierte an dessen Bord und zerstörte dabei die Landbrücke des Kommandanten. Es zog sich dann in Richtung auf Samos zurück.

Zwei unserer Flugzeuge warfen mit Erfolg am 25. April morgens auf das Lager, das Ausbesserungsdock und feindliche Petroleumlager von Port Said Bomben und kehrten unbeschädigt zurück.

## Die türkische Beschießung von Eupatoria.

**Eupatoria, 10. Mai. (W. T. Z.)** Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, erschien die „Midilli“ am 7. Mai vier Uhr morgens. Außerhalb der Reede, fünf Werst von der Mäse entfernt, eröffnete sie plötzlich das Feuer auf einen Dampfer und auf Segelschiffe, die auf der Reede ankerten, und warf auch einige Granaten auf die Stadt. Nach vierzig Minuten fuhr das Schiff wieder fort, indem es noch auf ein Segelschiff Feuer abgab, das sich Eupatoria näherte. In der Stadt wurde eine Person getötet und zwei verwundet, auf den Schiffen drei Personen getötet und neun verwundet.

## Einzelheiten über die Kapitulation von Kut el Amara.

**London, 9. Mai. (W. T. Z.)** Reuters Korrespondent bei den britischen Streitkräften in Mesopotamien meldet folgende Einzelheiten über die Uebergabe von Kut el Amara. Die letzten Berichte, die von General Townshend am Morgen des 20. April eintrafen, lauteten folgendermaßen:

1. Bericht: Ich habe meine Kommen gehört. Der größte Teil meiner Munition wurde unbrauchbar gemacht und Offiziere haben sich zu Hakt begeben, um ihm zu sagen, daß ich bereit bin, mich zu ergeben, daß ich Lebensmittel haben müsse, und daß ich mich nicht lange würde halten können. Dies wurde Halil Pascha mitgeteilt, und die Offiziersdeputation fuhr mit einer Verlosse aus, um Lebensmittel von dem Schiff zu holen, das am 24. April ausgesandt wurde, um der Besatzung von Kut Lebensmittel zu bringen.

2. Bericht: Ich habe die weiße Flagge auf dem Fort und der Stadt Kut gehißt, die Wache wird von einem türkischen Regiment, das unterwegs ist, bezogen werden. Ich werde binnen kurzem den Apparat für drahtlose Telegraphie zerstören. Die Truppen begeben sich heute nachmittag um 2 Uhr nach dem Lager bei Ch miram.

General Halil hat unsere Parlamentäre empfangen. Er sagte, er wünsche, daß die Besatzung gut mit Lebensmitteln versorgt werde, und daß vor allem Townshend, von dem er mit der größten Bewunderung sprach, es nach allen Umständen so gut wie möglich haben solle. Er nahm den Vorschlag, den britischen Gefangenen

Lebensmittel zu schicken, an und drückte sein Leidwesen darüber aus, daß die Vorräte nicht größer seien.

Gestern haben wir zwei Leichterfahrzeuge mit Lebensmitteln abgefaßt.

Gemäß der Vereinbarung, die Kriegsgefangenen auszutauschen, sind jetzt 777 unserer Kranken und Verwundeten in Schiffen nach unserem Lager unterwegs, und die anderen 700 werden binnen kurzem erwartet. Ein anderer Punkt, der von unseren Unterhändlern zur Sprache gebracht worden war, war das Erluchen, die bürgerliche Bevölkerung von Kut, die durch vis major gezwungen war, dort zu bleiben, nicht zu strafen. Halil Pascha sagte, daß er das nicht beabsichtige.

Die Behandlung der Bevölkerung würde von ihrem Verhalten abhängen. Er könne sich zu nichts verpflichten, habe aber nicht die Absicht, jemand zu verfolgen oder hängen zu lassen.

Kut hat bis zur äußersten Grenze der Aushungerung ausgehalten. Vom 16. April an war die Garnison auf eine Ration von 4 Unzen Mehl und Pferdefleisch angewiesen.

Während des ersten Monats der Belagerung hat die Garnison um ihr Leben gekämpft und fürchtete nur, daß die Munition zu Ende gehen würde, ehe die Entsatzkolonne ankäme. Die Belagerer erwarteten, daß die Verstärkungen in den Bahra zusammengezogen würden, imstande sein würden, die Türken zu vertreiben. Diese ganze Zeit über erhielten die Soldaten volle Rationen. Sobald die Einsatztruppen von Aligarbi anrückten, nahm der Druck, den der Feind auf Kut ausübte, ab, und von da an brauchte man nicht mehr zu besorgen, daß die Munition ausgehen würde. Nach der Schlacht von Cran entstand Besorgnis wegen der Lebensmittel. Die bürgerliche Bevölkerung blieb in Kut. Diejenigen, die die Stadt beim Beginn der Einschließung verlassen hatten, waren von den Türken ausgehakt oder erschossen worden. Die Türken liehen wissen, daß sie jeden hinstücken würden, der trachten würde, aus der Stadt zu entkommen. So kamen zur Garnison noch 6000 Personen, die ernährt werden mußten. Am 24. Januar wurden aber große Getreidevorräte meist in den Kellern der Häuser entdeckt, requiriert und bezogen, und hierauf vermochte die Garnison drei Monate lang von etwas verminderten Rationen zu leben, und die arabische Bevölkerung, die sich früher selbst versorgt hatte, erhielt dieselben Rationen wie die britischen Soldaten und die Sowas.

Die Geschichte der Belagerung gerfällt also in zwei Abschnitte. In dem ersten hat die Garnison sich mit großem Mut gegen die Angreifer vertheidigt, in dem zweiten entschlossen Hunger und Entbehrungen ausgehalten, so daß das Verhalten der Garnison der ruhmreichsten britischen Ueberlieferungen würdig ist.

## Eine deutsch-offizielle Erklärung zur „Tubantia“-Angelegenheit.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Niederländische Zeitungen bringen die Nachricht, daß die „Tubantia“ durch Abgabe eines deutschen Schiffes ungefähr gleichen Wertes ersetzt werden würde. Diese Nachricht ist anscheinend dazu bestimmt, in den Niederlanden den Verdacht zu erwecken, daß deutsche Seestreitkräfte trotz der gegenteiligen Feststellungen der deutschen Regierung die „Tubantia“ vernichtet hätten. Da die „Tubantia“ nicht durch einen deutschen Angriff verloren gegangen ist, kann auch der Ersatz durch ein deutsches Schiff nicht in Frage kommen.

## Zur Versenkung des „Cymric“.

**London, 9. Mai. (W. T. Z.)** Meldung des Reuterschen Bureaus. Fünf Mann der Besatzung des Dampfers „Cymric“ wurden durch die Explosion des Torpedos getötet.

**Am. des W. T. Z.:** Laut Mitteilung des holländischen Dampfers „Grotius“ wurde die gesamte Besatzung des „Cymric“ gerettet.

## Keine Friedensaktion des Vatikans.

**London, 9. Mai. (W. T. Z.)** Das Reutersche Bureau ist amtlich ermächtigt mitzutellen, daß der Vatikan die Meldung für durchaus unbegründet erklärt habe, wonach der Papst an den Deutschen Kaiser und an den Präsidenten Wilson telegraphiert und ihnen ans Herz gelegt habe, sich zu verständigen. Der Papst erklärt, daß der Papst keine derartigen Schritte unternommen habe.

## Von der zweiten Zimmerwalder Konferenz.

Die „Verner Tagwacht“ schreibt:  
Der Zimmerwald der erste Schritt zur internationalen Sammlung, ein erster Kampf und Sammelruf, so galt es, nach Möglichkeit die Aktion weiterzuführen und in erster Linie das Werk der geistigen Klärung zu fördern. Diesem Zweck diene die zweite internationale Konferenz, die von der internationalen sozialistischen Kommission zu Bern einberufen wurde. Noch ist es nicht der Moment, über ihre Verhandlungen ausführlich zu berichten. Ein offizieller Verhandlungsbericht, der in einigen Wochen erscheint, wird darüber unterrichten. Aber das eine darf schon jetzt gesagt werden: Daß die zweite Konferenz einen Schritt nach vorwärts bildet, einen Schritt, der zwar nicht zu überschätzen ist, dessen Bedeutung aber auf der Hand liegt, sobald man sich die Tatsachen, wie sie sich seit Kriegsausbruch in der Internationalen abgepielt haben, vor Augen hält. Während das Manifest der ersten Konferenz noch keine Unterschriften aus den Kreisen französischer Parlamentarier trägt, finden wir sie unter dem an anderer Stelle publizierten Aufruf. Während die erste Konferenz sich mit einem Aufruf bescheiden mußte, hat die zweite Konferenz eine Reihe wichtiger Fragen besprochen und ihre Ansicht dazu in Beschlüssen niedergelegt, die wir im Lauf der nächsten Woche publizieren werden.

## Organe der Minderheiten.

In Frankreich und Schweden sind neue Organe der sozialistischen Minderheiten entstanden. In Frankreich sollte am 1. Mai ein neues Wochenblatt, der „Populaire“ erscheinen. „Populaire du Centre“ teilt jedoch mit, daß infolge großer Schwierigkeiten mit den Behörden die erste Nummer erst einige Tage später als beabsichtigt herauskommen könnte. — Die Regierung hatte unter einem Vorwand alle Zirkulare, die den Zweck und die Absichten sowie die Abonnementbedingungen der Wochenchrift enthielten, mit Beschlag belegt und auch das Inferieren des Textes in anderen Zeitungen verboten. Es bedurfte erst der energischen Einschreitens einiger Parlamentarier beim Conseilpräsidenten, um den gefegwidrigen Befehl rückgängig zu machen.

Der „Populaire“ eine Modus der sozialistischen und internationalen Propaganda wird, wie der „Populaire du Centre“ sagt, das Organ der bedeutenden Minderheit sein, die sich auf dem Nationalrat vom 9. April zugunsten der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen gebildet hat. Der Abonnementspreis beträgt 6 Franz pro Jahr.

Am 27. April erschien in Schweden die erste Nummer des neuen Wochenblattes „Politiken“, das sich die schwedische Minderheit geschaffen hat. In einem Aufruf an die Leser entwickelt das Blatt sein Programm wie folgt:

„Politische und ökonomische Gerechtigkeit für das arbeitende Volk in Stadt und Land und eine Volkserziehung gleichzeitig zur

**Wafferverkäufung und Selbstverantwortlichkeit.** Einige aktuelle Einzelfragen mögen außerdem besonders hervorgehoben werden. In der Friedensfrage nimmt „Politika“ einen bestimmten Abstraktionsstandpunkt ein in Übereinstimmung mit dem Parteiprogramm und betont besonders den Zusatz: „Die Abstraktion ist das Wesentliche, das mit aller Kraft angestrebt werden muß.“

Als weitere Aufgaben werden die Arbeit für die Verfassungsrevision, Republik, Einkammersystem und vollständige Demokratie im Gegensatz zu der Bürokratie genannt, Freihandel, Frauenemanzipation usw.

Redakteur ist Ture Kerman, unter den Mitarbeitern werden Karl Lindhagen, J. Foglund, Fredrik Ström, C. A. Carlsson, Frida Eichenhoff, Nana Dalström und andere genannt.

## Gefestigt und kampfbereit.

Die Minderheit in Frankreich fühlt sich nicht geschlagen. Das ging schon aus den ersten Meldungen nach der Tagung des Nationalrats hervor, aber ihr Optimismus schien und zu wenig sicheren Untergrund zu haben, die Stellung als nicht genügend befähigt gegenüber der Mehrheit, die die sofortige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen ablehnte.

Rum vertritt Raoul Barreuil im „Populaire du Centre“ die Auffassung, daß man die Aktion der Minderheit sehr unterschätze. In Wirklichkeit habe sie einen ersten Sieg errungen. Von Anfang an seien sie davon überzeugt gewesen, daß sie rein äußerlich betrachtet, eine Minorität bleiben würden. Der Weichnachtskongreß habe sie als Minorität festgelegt und drei Monate seien eine zu kurze Zeit, um eine offizielle Majorität zu werden. Anscheinend seien sie geschlagen, aber man müsse zusehen, ob nicht diese Minorität ebenso gut Majorität sein könnte.

Von den 2000 Mandaten, die sich in runder Ziffer um die Resolution Renaudel gruppierten, muß man mehr als 700 Mandate der Departements Nord, Pas-de-Calais, Ardennes usw. abgeben. Diese 700 Mandate stammen von Genossen, die nicht befragt werden konnten, weil sie zu den besetzten Gebieten gehören und die man seitdem eine Politik genehmigen ließ, die einem Teil von ihnen vielleicht nicht im geringsten gefiel. Einige Genossen haben so über die Stimme mehrerer Tausender von Mitglidern verfügt.

Was der Genosse Lebas von Roulaix sage, möge vielleicht für diese Stadt zutreffen, aber es sei nicht sicher für andere Orte. Die Genossen hätten auf jeden Fall keine Weisung für die Abstimmung gegeben und gerechtfertigt hätten die 700 Mandate überhaupt nicht mitgezählt werden dürfen.

Stellen wir sie zurück: die Majorität ist nicht mehr als 300 Stimmen. Das ist nicht alles. In bestimmten Departements hat sich die Minorität aus verschiedenen Gründen nicht vertreten lassen können. Das ist der Fall im Alier, das Breton vertritt und dessen Mandate doch alle zur Resolution Renaudel gegangen sind, weil die Minorität dieses Departements der Zusammenkunft des Föderationskomitees nicht beigewohnt haben! Man liebt die Form im Alier! Das ist gleichfalls der Fall im Tarn, wo die Minorität 60 Karten (Abstimmungsblätter) ausbringt. Der ganze Tarn hat für die Resolution Renaudel gestimmt. Die Sitzungen der Föderation lassen, wie es scheint, das Proportionalitätssystem nur zu, wenn die Minorität mindestens ein Sechstel beträgt.

Endlich fehlen die Kämpfer an der Front, die die „Waffen“ kennen, weil sie sich mit ihnen gemessen haben. Das sind auch Anhänger der Minderheit; einstimmige Minderheit. Barreuil befragt diese Schöpfung mit Beweisen, Briefen von Kameraden an der Front.

Deshalb sei die Majorität des Nationalrats eine künstliche, irrtümliche. „In Wirklichkeit ist es die Minderheit, die die größte Zahl der Parteimitglieder um sich gruppiert.“

Man darf also vom Sieg der Minderheit in Frankreich sprechen. Verfeult sieht aber auch in einem zweiten Umstand den Beweis für den Sieg der Minorität. Die Majorität habe das Prinzip der Wiederaufnahme der internationalen Verhandlungen ausgenommen und „feststellen müssen, daß die Begründung einer bestimmten Minorität in Deutschland geeignet sei, den Ausschub abzulängen, in dem die internationale Aktion des Sozialismus auf festen und genauen Grundbohlen sich von neuem zum Wohle der Völker betätigen kann.“

Aus eingestandenem und nicht eingestandenem Gründen haben die Anhänger der Majorität in Frankreich die augenblickliche Aktion des internationalen Sozialismus „zum Wohl der Völker“ nicht gewollt, aber das Prinzip ist bewilligt. Die Minorität hat sich befestigt. Bei zwei früheren Gelegenheiten habe sich die Minorität bestimmen lassen, im Interesse der Einheit der Partei nachzugeben. Diesmal habe man sie nicht erschüttert. Man müsse die Dinge sehen, wie sie sind. „Das Wort Albert Thomas im Nationalrat vom 9. April: „es besteht in der Partei eine geistige Spaltung“ ist wahr. Warum sie verbergen? Sie wird nicht unbedingt eine tatsächliche Spaltung, die wir für unser Teil entschlossen sind, zu vermeiden, herbeiführen. . . Die Arbeitermassen sind mit uns. Wenn wir verstehen, beharrlich und zäh zu sein, ist die Partie . . . schon gewonnen: die Internationale wird nicht zögern wieder aufzuleben.

Der Kampf ist nicht beendet: er beginnt erst. Ich verlange einen Wah nach dem Haag.“

## Die nationale und die internationale Idee in der Arbeiterbewegung.

In seinen, von uns bereits erwähnten, interessanten Artikeln über die Verwicklungen des Krieges kommt Genosse J. Willeli im „Roch Golos“ (Samara) auch auf das Verhältnis zwischen Nationalismus und Internationalismus in der Arbeiterbewegung zu sprechen. „Die organisierten Massen — schreibt er — wuchsen und entwickelten sich im Innern der kapitalistischen Nationalstaaten. Sie eigneten sich die Errungenschaften der Bourgeoisie aus der Periode der freien Konkurrenz an: die Freiheit der Rede, der Presse, der Versammlungen, der Assoziationen. Sie eroberten allmählich die Parlamente des allgemeinen Wahlrechts, drangen in die örtliche Selbstverwaltung ein, gelangten hier und da sogar in die Reihen der Regierungsgagenten.“

„Der gesamte weiterverzweigte Apparat der bürgerlichen Ordnung, alle liberalen Institutionen des dritten Standes verwandelten sich in Stützpunkte des vierten Standes. Innerhalb der Staaten schufen die Massen ihren eigenen Staat. Je mehr nun die herrschenden Klassen diesen politischen Apparat als lastig zu empfinden anfingen und ihre eigenen Institutionen ins Leben riefen, in denen keine störenden Elemente vorhanden waren, je mehr die Wirtschaftskörper der Unternehmer Einkünfte zu gewinnen suchten, um so energischer begannen die Massen sich um die politischen Einrichtungen zu sammeln und ihnen Bedeutung beizumessen.“

Die herrschenden Massen sind bereits über den Staat hinausgewachsen, während die Massen in Westeuropa erst auf diese Stufe gelangt sind, und in Osteuropa nicht einmal diesen Grad der Entwicklung erreicht zu haben scheinen. Der Krieg hat nun die Massen vor die Entscheidung gestellt. Während die Imperialisten tun, was ihnen beliebt . . . entfalten die Massen in Westeuropa eine Tätigkeit, die sie für ihre weitere Entwicklung für notwendig erachten: sie verteidigen die Institutionen und Einrichtungen, mit denen die Arbeit einiger Generationen verknüpft ist. Im Osten ist nur eine sehr dünne Schicht, die Avantgarde der Massen (2), feilt zu dieser Idee gelangt, nachdem das Gefühl des Staatsbürgers in ihr rege geworden ist.

Es ist auf diese Weise klar, daß der Patriotismus der Massen für sie zweifellos einen Fortschritt bedeutet, der Zeugnis davon ablegt, daß die betreffenden Leute sich als Angehörige einer bestimmten Klasse, als eines Ganzen fühlen. Zugleich geht aber hieraus hervor, wie langsam das Bewußtsein der Massen wächst, wie weit es hinter der kapitalistischen Entwicklung zurückbleibt. Der Imperialismus ist bereits über die nationalen Schranken hinausgewachsen, während die Massen erst zur Erkenntnis ihrer allgemeinen nationalen Aufgaben gelangt sind. Hier tauchen zahlreiche schwierige und komplizierte Fragen auf.

Wir wissen, daß an der Spitze der Massen eine organisierte Avantgarde steht, ausgerüstet mit einer wissenschaftlichen Methode der Erkenntnis, erfüllt von theoretischen Wissen und praktischer Erfahrung, die ihr die richtige Einschätzung der Ereignisse und die Auswahl einer richtigen Taktik ermöglichen. Wir wissen, daß diese Avantgarde vor dem Krieg eine Reihe Eroberungen machte, die scheinbar den Beweis erbrachten, daß sie über den oben gekennzeichneten Standpunkt der Massen weit hinausgekommen sei und dem imperialistischen Internationalismus ihren eigenen internationalen Standpunkt entgegensetzte. Kaum war aber der Krieg ausgebrochen, als diese Avantgarde in ihrer ungeheuren Mehrheit den Standpunkt der übrigen Massen akzeptierte. Folglich bedeutet das, was für die rückständigeren Schichten einen zweifelhaften Fortschritt darstellte, für die Avantgarde einen Rückschritt.

Wir haben — führte einer der deutschen Delegierten auf der (ersten) Zimmerwalder Konferenz aus — vier Millionen Wähler um uns gesammelt, der Krieg aber hat offenbar gemacht, daß nur eine kleine Avantgarde von den Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus erfüllt ist. Ist dem so, so muß die Avantgarde nicht herabsteigen, sich nicht in dem Kreis auflösen, der sich die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus noch nicht angeeignet hat, sie muß vielmehr ihren eigenen Weg verfolgen. Selbstverständlich handelt es sich nicht um einen Bruch mit den „Sündern“ und um die Erhaltung einer Sekte von — unheilbaren Nichtstuern, sondern um eine aktive Tätigkeit und um die Verbreitung der eigenen Anschauungen.

## Keine Wehrpflicht für Irland.

London, 10. Mai. (W. Z. W.) Unterhaus. Im Laufe der Beratung über die Bestimmungen des Dienstpflichtgesetzes stellte Ponsdale, der Vertreter von Ulster, den Antrag, Irland in das Gesetz einzubeziehen. Esquith führte demgegenüber aus, daß der Mangel an Einmütigkeit unter den Vertretern Irlands über diese Frage eine energische Erörterung veranlassen würde, die das Gesetz, das so dringend notwendig sei, nur verzögern müsse. Bei Wärfung der Ereignisse in Irland sagte er, er glaube, die schreckliche Prüfung würde hinauslaufen auf eine Verfestigung des Zusammenhanges unter den lokalen Irländern auf einem breiteren Maße von Übereinstimmung, als es jemals in der Vergangenheit vorhanden war. Die Regierung sei gezwungen, die ganze Frage der militärischen Verhältnisse in Irland und des Trägers, des Besitzes und des Gebrauchs von Waffen nachzuprüfen; er hoffe, daß eine allgemeine Übereinstimmung über diese Fragen erreicht werden würde. Redmond erklärte, es würde unvernünftig sein, im gegenwärtigen Augenblick Irland einen Zwang aufzuerlegen zu wollen; er hoffe, daß die beiden irischen Parteien bald sich zusammenfinden und daß durch eine großzügige, staatsmännliche und weitreichende Rücksicht auf die höchsten Interessen des Reiches alle Schwierigkeiten überwunden werden und es ein vereinigtes Irland geben möge, das ausgestattet ist mit Regierungsverantwortlichkeit und Macht. Churchill, der wie bekannt wird, zur Politik zurückgekehrt ist, da sein Bataillon an der Front mit einer anderer Einheit verschmolzen worden ist, betonte die Wichtigkeit des Problems. Der Antrag Ponsdals wurde abgelehnt.

## Scharfe Pressekritik an der englischen Regierung.

London, 8. Mai. (W. Z. W.) In der „Daily Mail“ schreibt Lovat Fraser: Die englische Regierung ist der größte Fabrikant von Lügen, den man je in der Geschichte gekannt hat. Wenn sie im Krieg selbst ebenso lügen wäre, wie in ihren Erklärungen, so wäre der Kampf längst vorbei. Sie verstand sogar, Gallipoli auszuweichen. Wir haben, sagte sie, Ähidada und die Hüden von Anaforta allerdings nicht genommen, aber sehr doch, wie wundervoll wir uns aus dem Staube gemacht haben. Die Regierung hat sich der irischen Dinge beinahe gerührt. Sie gab zu, daß gegenüber den Sinn-Feinern wohl ein kleiner Fehler gemacht worden sei, aber sie verlangte Verwunderung für die Energie ihrer Aktion, nachdem die besten Stadtteile von Dublin in Trümmer geschossen waren. Jetzt versucht sie, die Nation zu überreden, daß sie einen erstaunlich geschickten und weitsehenden Zug getan habe, als sie den General Townshend in Kut el Amara einschleichen ließ. Aber tatsächlich war es die Uebergabe der größten britischen Streitmacht, die sich je im Laufe der Geschichte ergeben hat. Man muß dazu die Verluste in der Schlacht von Atyssion rechnen. Kein einziger Abgeordneter hat bisher im Parlament gefragt, wie groß die Gesamtverluste in Mesopotamien gewesen sind. Mit leichtfertiger Erklärungen können die Tatsachen nicht ausgelöscht werden, daß wir zweimal die größten Niederlagen von den Türken erlitten haben, auf Gallipoli und am Tigris. Und nicht durch den Mangel an Mut unserer Truppen, sondern durch den Wechsel zwischen jüngerer Schwäche und impulsiver Leichtfertigkeit unserer Regierung in der Leitung des Krieges.

## Churchill wieder Politiker.

London, 10. Mai. (W. Z. W.) „Daily Chronicle“ meldet, daß Churchill seine militärische Laufbahn aufgeben und seine parlamentarischen und politischen Arbeiten wieder aufnehmen will. Er beabsichtigt, mit der liberalen und der unionistischen Kriegspartei eng zusammenzuarbeiten.

## Asquith zur englisch-russischen Verständigung über türkische und persische Fragen.

London, 9. Mai. (W. Z. W.) Reuter. Asquith hielt bei einem zu Ehren der russischen Duma-Abgeordneten veranstalteten Bankett eine Rede, in der er sagte, daß die beiden Regierungen sich über die türkische und die persische Frage und alle anderen Punkte, wo die russische und die englischen Interessen sich bezühen, geeinigt haben, um eine Politik festzulegen, die sie in Zukunft in gegenseitigem Einvernehmen loyal befolgen werden.

## Der fleischlose Tag in England.

London, 9. Mai. (W. Z. W.) Die Preise für eingeführtes Fleisch sind jetzt 12 bis 16 Pf. für das Pfund höher als die für englisches oder schottisches Fleisch, während das Verhältnis früher umgekehrt war. Die „Times“ meint, daß die allgemeine Einführung eines fleischlosen Tages in der Woche die Preise um 14 Proz. herabsetzen würde.

## Deutsch-englischer Gefangenenaustausch.

London, 8. Mai. Reutermeldung. Der amerikanische Volschafter hat dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß Deutschland eingewilligt habe, daß die deutschen und die englischen nicht mehr kriegsverwendungsfähigen Gefangenen auf einem Hospitalsschiff wieder in die Heimat gebracht werden. Das Schiff soll mit einem Teil der deutschen Gefangenen am 21. Mai in Biffingen ein treffen und mit britischen Gefangenen nach England zurückkehren.

## Leon Bourgeois vorläufiger Vertreter Vivianis.

Paris, 10. Mai. (W. Z. W.) Das Amtsblatt veröffentlicht einen Erlass, durch den Leon Bourgeois mit der vorläufigen Führung der Geschäfte des Justizministers Viviani betraut wird.

## Journalisten im Dienst der Zensur.

Aus Rom wird uns gemeldet: Dem Presseverband der Emilia hat der sozialistische Abgeordnete Mazzoni eine Anfrage überreicht, durch die er eine offizielle Stellungnahme der journalistischen Berufsorganisationen zu der Frage provoziert, ob es mit der Würde des journalistischen Berufs vereinbar ist, daß verschiedene Journalisten von der Regierung als Zensoren für die Presse angestellt worden sind. Diese Tatsache zeigt in einigen Orten noch die besonders anstößige Variante, daß die Betroffenen gleichzeitig mit ihrer Staatsstellung fortarbeiten, als Verleumdungsblätter für ihre Zeitungen zu arbeiten, eine Doppelstellung, deren Unvereinbarkeit auch einem Blinden einleuchten muß.

## Verstärkungen der amerikanischen Truppen gegen Mexiko.

Washington, 9. Mai. (W. Z. W.) Präsident Wilson hat Truppen aus den Staaten Texas, Arizona und New Mexiko einberufen. Diese bilden mit zwei weiteren Regimentern regulärer Truppen, die bereits unterwegs sind, eine Streitmacht von 7000 Mann. Kriegssekretär Baker erklärte, daß diese Einberufung erfolgt sei, um die Grenze vor weiteren Ueberfällen zu schützen.

## Die chinesischen Unruhen.

Shanghai, 7. Mai. (W. Z. W.) Reuter. Nach zuverlässigen Berichten aus Tschungking hat Tschengte, die Hauptstadt der Provinz Szechuan, die Unabhängigkeit ohne eine formelle Erklärung angenommen.

## Kriegsbekanntmachungen.

**Vermisstenforschung.**  
Nach einer Zeitungsnote soll eine Familie G. in H. vor kurzem durch einen in Korsika internierten Gefangenen namens Schmidt die Mitteilung erhalten haben, daß ihr seit September 1914 vermischter Sohn noch am Leben sei, aber nicht schreiben dürfe. Die Nachricht sei durch die Worte: „E. aus H. darf nicht schreiben“ übermittelt worden, die auf der Innenseite eines auf den Brief geklebten Zettels standen. Ueber dieses erste Lebenszeichen des totgeglaubten Sohnes zunächst in große Freude versetzt, mühte der Vater bald die betrübende Erfahrung machen, daß noch andere Familien ähnliche Mitteilungen erhalten hatten. Die amtlichen Nachforschungen haben nunmehr einwandfrei ergeben, daß es sich um irgendeine böswillige Köchelt eines niederkriechenden gemeinen Schwindlers handelt, nach dem zugeht gefahndet wird. Nicht oft genug kann wiederholt werden, daß es angebracht ist, die für Vermisstenforschung zuständigen Stellen in jedem Falle von dem angeblichen plötzlichen Auffinden eines seit langer Zeit Vermissten umgehend zu benachrichtigen, damit die Spur in einwandfreier Weise verfolgt werden kann. Außer dem Zentral-Nachweisebureau des Kriegsministeriums, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 48, kommen hierfür in Frage das Zentralkomitee vom Roten Kreuz, Berlin, Abgeordnetenhaus, ferner für das nördliche Deutschland der Hamburgische Landesverein vom Roten Kreuz, Ausschuh für deutsche Kriegsgefangene, Hamburg, Ferdinandstr. 75, für das südliche Deutschland der Verein vom Roten Kreuz, Ausschuh für deutsche Kriegsgefangene, Frankfurt a/M., Zeit 114, und die zuständigen Provinzial- und Landesvereine.

## Letzte Nachrichten.

**Zu Americas Antwort.**  
Rotterdam, 10. Mai. (Z. N.) Der „N. N. C.“ schreibt: „Aus Americas Antwort an Deutschland ergibt sich, daß die erste deutsche Note ihre Wirkung nicht verfehlt hat. Nur absehbar Zeit ist vorläufig der Streit zwischen America und Deutschland aus dem Wege geräumt. Die in jeder Beziehung großen Erfolg hat Deutschland durch die Verzichtsleistung auf den Unterseebootkrieg in seiner eigentümlichen Form herbeigeführt. Wie man nicht erwarten kann, daß der Präsident bei England wegen der Art und Weise protestiert, in der England die Interessen der Neutralen beachtet, so kann man noch viel weniger erwarten, daß America jetzt schon in dieser Antwort auf die in der deutschen Note erfolgten Aufforderung, als Friedensvermittler aufzutreten, reagiert. Die „Tijd“ meint, die Tatsache, daß Präsident Wilson auf Deutschlands Beschlüsse geantwortet habe, lasse Wilsons festen Entschluß erkennen, einen etwaigen Konflikt nicht mehr in unidirektional „letzten Worten“ auszusprechen, sondern den Worten Taten folgen zu lassen.“

Die „Allinische Volkszeitung“ schreibt zu der Antwort Wilsons: „Das wichtigste ist folgendes: Wilson lehnt es ab, sozusagen jetzt in dem verlangten Sinne an England heranzutreten. Er erklärt, daß das deutsche Zugeständnis aufrechterhalten werden müsse, ganz gleich, ob er Verhandlungen mit England anknüpfen werde, wie sie verlaufen oder zu welchem Ergebnis sie führen könnte. Damit ist gewiß noch nicht gesagt, daß Wilson die verlangte Einwirkung auf England nicht versuchen werde; er lehnt nur die Forderung ab, indem er eine Pflicht zu solchem Vorgehen nicht anerkennen will. Wenn es Wilson nicht gelingt, ein Ergebnis zu erzielen, so wird es dabei sein Bewenden haben. So dürfte sich die Sachlage in Zukunft gestalten. Wie schon früher erklärt, wird uns nichts übrig bleiben, als uns mit dieser Lage abzufinden, so gut es uns gelingt. Für Wilson kommt es nicht nur in Betracht, daß er einen großen diplomatischen Erfolg erzielt hat, welchen er nach Kräften für seine innere Politik auszunutzen wird, sondern daß er jetzt auch seine Wiederwahl als Präsident gleichzeitiger erscheint, so daß er jedenfalls bis zum Ende des Krieges Präsident der Vereinigten Staaten bleiben wird und wir während des ganzen noch kommenden Verlaufes des Krieges mit ihm rechnen müssen.“

Meldung der italienischen Heeresleitung.  
Rom, 10. Mai. (W. Z. W.) Antikler Verzicht. Die übliche Artillerietätigkeit. Auf dem Karst haben wir weitere Minen gesprengt und in den feindlichen Linien Schäden verursacht. Keine Ereignisse von Bedeutung an der übrigen Front.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Teuerungszulagen in der Konsumgenossenschaft.

Von der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend erhielt das Kartell derjenigen Gewerkschaften, die an der Forderung einer Teuerungszulage für die dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten beteiligt waren (Transportarbeiter, Bäcker und Konditoren, Maschinisten und Heizer sowie Holzarbeiter) nach der „Deutschen Arbeiter- und Konditoren-Zeitung“ folgende Mitteilung:

„Bezugnehmend auf die persönliche Aussprache teilten wir Ihnen mit, daß unsere Verwaltung in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen hat, ihren vollbeschäftigten Angestellten und Arbeitern eine erstmalige Teuerungszulage Anfang April nach folgenden Grundätzen zu gewähren: den männlichen verheirateten Angestellten und Arbeitern mit einem Jahreslohn unter 2100 M. 35 P., den männlichen verheirateten Angestellten und Arbeitern mit einem Jahreslohn über 2100 M. 25 P., für die Kinder unter 14 Jahren der vorbenannten Personen je 5 M., den übrigen Personen je 15 M.

Diesem Angestellten und Arbeiter, die ab 1. März 1916 eingestellt wurden, erhalten die Teuerungszulage nicht. Unter der Voraussetzung, daß sich die Verhältnisse für die Angestellten und Arbeiter nicht günstiger gestaltet haben, werden diese Sätze Ende Juni abermals zur Auszahlung gelangen.“

Auf Antrag der Bäcker und Konditoren wurde am 4. April noch einmal mit der Verwaltung über folgende Punkte verhandelt und eine Einigung erzielt:

1. Die Frauen, die einen eigenen Hausstand haben, außer den Frauen der Kriegsteilnehmer, werden den männlichen Arbeitern gleichgestellt.

2. Bezüglich der Kriegserfrauen wird von Fall zu Fall gemeinsam mit dem Arbeiterausschuß geprüft, ob eine besondere Notlage vorhanden ist, und ob sie besonders unterstützt werden sollen.

3. Für die Auszahlung Ende Juni kommt ein späterer Einstellungstermin als der 1. März in Frage.

4. Bei Berechnung der einzelnen Unterstützungssätze werden Ueberstunden und anderweiter Verdienst nicht berechnet.

Von den Mitgliedern des Bäckerverbandes kommen 12 Arbeiterinnen und 16 unverheiratete Arbeiter sowie 49 verheiratete (je 25 M.) und 66 Kinder in Frage.

Die Vergolder haben bei ihren Arbeitgebern zweimal je 5 Proz. Teuerungszulage beantragt und im allgemeinen auch erhalten. Die meisten Betriebe gewähren zurzeit also 10 Proz. Zulage. Nur die Betriebe, wo die Arbeiter nicht mit der nötigen Entschiedenheit vorgehen, sind bei den zuerst bewilligten 5 Proz. stehen geblieben und haben die zweiten 5 Proz. noch nicht bewilligt. Einzelne Betriebe gewähren einen nicht nach Prozenten berechneten festen Zuschlag pro Woche. Aber in allen Fällen, selbst da, wo die vollen 10 Proz. gezahlt werden, entspricht die Zulage keineswegs den heutigen Teuerungsverhältnissen. Deshalb beschloß die am Dienstag abgehaltene Branchenversammlung der Vergolder, an die Vereinigung der Goldbleifabrikanten den Antrag zu stellen, daß in allen Betrieben ohne Unterschied eine Teuerungszulage von 15 Proz. zu den früheren Löhnen gewährt werde. In den früheren Fällen wurden die Forderungen von den Vergoldern direkt an die einzelnen Arbeitgeber gestellt. Dadurch, daß sich jetzt die Organisation an die Fabrikantenvereinigung wendet, wird ein schnellerer Erfolg und eine einheitliche Durchführung erwartet.

## Deutsches Reich.

### Der Landarbeiterverband im Jahre 1915.

Bei Kriegsbeginn, nach fünfjährigem Bestehen, zählte der Verband 22 531 Mitglieder. Wenn am Schlusse des Jahres 1915 noch ein Bestand von 8150 Mitgliedern verzeichnet werden konnte, darf dies wohl unter Berücksichtigung der ländlichen Verhältnisse ein verhältnismäßig gutes Ergebnis genannt werden. Am Schlusse des Jahres 1914 wurden 12 275 Mitglieder, darunter 1007 weibliche gezählt. Unter Berücksichtigung der zum Seeresdienst eingezogenen Mitglieder ergibt sich ein Verlust von 1884 Mitgliedern. Feststellungen in einzelnen Ortsgruppen beweisen jedoch, daß von einem eigentlichen Verlust in dieser Höhe nicht geredet werden kann, denn darunter befindet sich noch eine große Zahl Einberufener, über deren Einzelnung dem Verbandsvorstand nichts gemeldet wurde.

Die Mitglieder verteilen sich auf 362 Ortsgruppen. Natürlich sind die Mitglieder an bedeutend mehr Orten in Deutschland verbreitet, denn es bestehen noch viele Zahlstellen, und zahlreiche Einzelmitglieder werden von den Gauleitern vermaßt.

Die Einnahmen betragen 64 044 M. gegenüber 68 410 M. Ausgaben. Die Hauptsumme der Einnahmen ist die Beitragsentnahme mit 57 770 M. Im Jahre 1914 wurden 98 929 M. an Beiträgen verzeichnet. An Gaubeiträgen wurden außerdem 1815 M. eingenommen. Von den Ausgaben sind zu nennen: Krankenunterstützung 15 046 M., Sterbegeld 2140 M., Rechtschutz 2468 M. Die Rechtschutztätigkeit des Verbandsvorstandes während der Kriegszeit betrifft 252 Zivilsachen, 20 Strafsachen, 88 Sachen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung. In 458 Fällen wurde in allen möglichen Angelegenheiten Auskunft erteilt. Dazu kommt noch die umfangreiche Tätigkeit der Gauleiter auf diesem Gebiete. Naturgemäß war viel

auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge zu tun. Gar manche Landfrankenkasse oder anderer Gemeindevorstand mußten erst an ihre Pflichten, zum Beispiel auf dem Gebiete der Wochenhilfe, erinnert werden.

Dort, wo die Mitglieder einzeln zusammenstanden, war es auch möglich, Teuerungszulagen zu erzielen. Da die Landwirte so viel schrieben und redeten von einer großen Steigerung der Landarbeiterlöhne in der Kriegszeit, unter Berufung auf die Preissteigerungen der landwirtschaftlichen Produkte, hat der Verband Material gesammelt, das das Gegenteil bewies. Durch die Arbeitervertreter in allen Körperchaften ist dieses Material verwendet worden, und wurde es seitdem in dem agrarischen Blätterwalde etwas ruhiger mit dem allgemeinen Gerede von den hohen Landarbeiterlöhnen.

Die bisherige schwere Kriegszeit hat der jüngste Verband der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung verhältnismäßig gut überstanden und die Voraussetzungen liegen vor, daß der Bestand des Verbandes gesichert ist.

Der christliche Holzarbeiter-Verband dürfte von allen Arbeiterorganisationen am schlimmsten durch die Kriegseingriffe getroffen worden sein. Nach einer im „Holzarbeiter“ veröffentlichten Uebersicht waren am letzten Jahreschlusse noch 4002 beitragszahlende Mitglieder vorhanden, gegen 8772 Ende 1914 und 17 069 Ende 1913. In den zwei letzten Jahren hat sich die Zahl also jedesmal halbiert. Von 311 Zahlstellen sind im Verlaufe des Krieges annähernd 100 eingegangen.

## Aus der Partei.

### Die Waiseier in Holland.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Das holländische Proletariat hat auch diesmal den 1. Mai festlich begangen. Wiederum galt die Demonstration in erster Reihe dem Frieden. Die Idee, der allgemeinen Idee des Völkerfriedens sowohl wie dem Protest gegen jeglichen Versuch, Holland in die Gefahr des Krieges zu bringen. Daneben treten als andere, durch die besonderen Umstände der Landespolitik gegebenen Gegenstände: die Aktion gegen die Teuerung, die Altersversorgung und die Erringung des allgemeinen Wahlrechts für Männer und Frauen. — In allen größeren Orten und vielen kleinen fanden Versammlungen, in einigen auch Straßenumzüge statt, zu deren Organisation sich die Arbeiterpartei und die im niederländischen Fachverband vereinigten Gewerkschaften verbunden hatten. Besonders prächtig war der Demonstrationzug in Amsterdam, der mit Musikkorps, Fahnen und Panieren durch das Stadtzentrum marschierte. Die Zahl der Teilnehmer war bedeutend größer als im vorigen Jahre und kann auf etwa 15 000 geschätzt werden, von denen ein gutes Drittel Frauen waren. Ein besonders malerisches Bild bot ein langer, ausschließlich aus Frauen und Mädchen bestehender Teil des Zuges. Deutsche Paniere und lange, im Frühlingswind flatternde weiße Schleifen sprachen dort durch Worte und symbolisch die Friedensforderung eindrucksvoll aus. Viel bemerkt wurden auch die mitmarschierenden Soldaten. Auch die Abendversammlungen der Partei verliefen glänzend. Die zwei größten Säle von Amsterdam und ein dritter waren überfüllt. Vornehmlich künstlerische Darbietungen nahmen die Abende ein. — Ueberaus gelungen waren auch die Demonstrationen im Haag, wo Camille Huysmans der Festredner war, Rotterdam usw. — Die von den vereinigten Revolutionsärzten organisierte Gegenunternehmung gegen die Waiseier der Arbeiterpartei hatte eine weit schwächere Teilnehmerzahl. Der Amsterdamer Demonstrationzug, der gleichzeitig mit dem der Arbeiterpartei, aber durch andere Straßen marschierte, versammelte kaum 2000. Erheblich größer war das Publikum der Abendversammlungen, nach denen ein zweiter Umzug veranstaltet wurde. Von der Massenaktion aber, wie sie auf dem Kongress am Ostermontag ins Auge gefaßt war, hat man nichts bemerkt und der Vorsitzende der S. D. P. Bijnkoop hat denn auch dieses Mißlingen offen eingestanden.

### Genosse Hermann Müller Reichstagskandidat für Reichsbach-Neurode.

Die Ortsvereinsvorsitzenden des Kreises Reichsbach-Neurode haben sich mit der Infolge des Abnehmens des Reichstagsabgeordneten Gen. Müllers notwendig gewordenen Reubesetzung des Reichstagsmandats beehätigt und einstimmig den Gen. Hermann Müller vom Parteivorstand als Kandidaten vorgeschlagen. Die endgültige Aufstellung der Kandidatur erfolgt in einer für Sonntag, den 21. Mai, einberufenen allgemeinen Volksversammlung.

### Stellungnahme zu den Parteidifferenzen.

Die Breslauer Genossen beschäftigten sich am 8. d. M. in einer von etwa 300 Personen besuchten Mitgliederversammlung mit der Fraktionspaltung und dem Verhalten ihres Abgeordneten Genossen Eduard Bernstein. Genosse Zimmer, Gauleiter des Transportarbeiterverbandes, hatte das Referat übernommen. Er verurteilte das Verhalten des Genossen Bernstein als Disziplinbruch, ging aber auf die Frage der Kreditbewilligung nicht ein. Auf den etwa halbstündigen Vor-

trag folgte eine etwa zweistündige Entgegnung Bernsteins, der in großen Zügen die Ursachen des Krieges, das Verhalten der einzelnen Regierungen und die Stellungnahme der sozialistischen Parteien in den feindlichen Ländern schilderte. Redner beleuchtete an der Hand eines reichen Tatsachenmaterials die Gründe, welche ihn, der früher Anhänger der Kreditbewilligung war, zu einem Gegner derselben gemacht hätten. Hierauf sprachen zwei Redner der Minderheit und Genosse Redakteur Paul Löbe für die Mehrheit. Nach kurzen Schlussworten der Genossen Zimmer und Bernstein wurde eine Resolution, die sich mit der Haltung des Genossen Bernstein einverstanden erklärte, mit großer Majorität abgelehnt. Der Vorsitzende bezeichnete darauf die beiden anderen Resolutionen, die sich gegen Bernstein und die Minorität aussprechen, als angenommen.

Der zehnte württembergische Reichstagswahlkreis nahm auf seiner am Sonntag, den 7. April, zu Hohenhausen stattgefundenen Kreisgeneralversammlung folgende Entschlieung an:

„Die Kreisgeneralversammlung des 10. württembergischen Reichstagswahlkreises (Göppingen-Gmünd) stellt sich einmütig auf den Boden der Fraktionsmehrheit. Sie billigt ausdrücklich die Politik der Mehrheitsvertretung im Reichstag. In dem Sondergange der Pflanzung erblickt die Generalversammlung eine unverantwortliche Störung der Parteieinheit. Sie ist um so schärfer zu verurteilen, als die Mehrheitspolitik den bewährten Grundätzen der Sozialdemokratie entspricht, und die Sonderaktion die Interessen der Arbeiterchaft, deren geschlossenes Auftreten heute mehr denn je nötig ist, schädigt.“

Die Vertretung des 10. Wahlkreises hält es für selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion an der Lösung der Steuerfrage in der Weise mitwirkt, daß sie dabei die Interessen der arbeitenden Bevölkerung energisch wahr. Die Vertreter der Sozialdemokratie im Reich, Staat und Gemeinde werden aufgefordert, der Lebensmittelfrage erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und auch weiterhin wirkungsvoll für die Sicherstellung einer ausreichenden Volksernährung und einer ausgiebigen Kriegsunterstützung einzutreten.“

### Von der schweizerischen Sozialdemokratie.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Es geht nun um das Sein oder Nichtsein des Schweizerischen Grütlvereins. Verschiedene Sektionen sind bereits ausgetreten, um reine Parteisektionen zu sein, andere dringen auf die baldige Durchführung der vollen Parteieinheit mit Auflösung des Grütlvereins. Eine dritte Gruppe von Sektionen, meistens solche in kleinen Gemeinden, haben gemeinsam an den Zentralvorstand des Grütlvereins das Verlangen um Umbenennung einer Urabstimmung über die direkte Auflösung des Grütlvereins gestellt. Der Zentralvorstand ist diesem Wunsche nachgegeben und hat für die Urabstimmung die Zeit vom 5. bis 20. Mai bestimmt. In der nun der definitive Entscheid über das weitere Schicksal fallen wird. Nach Lage der Dinge ist es sehr wahrscheinlich, daß der Auflösung zugestimmt werden wird.

### Von der sozialdemokratischen Jugendbewegung in der Schweiz.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Die schweizerische sozialdemokratische Jugendorganisation hat im letzten Jahre die Zahl ihrer Sektionen von 33 auf 120 und die ihrer Mitglieder von 1700 auf über 8000 erhöht, wovon 649 Mädchen und 2057 Burken. Die „Freie Jugend“ hat die Zahl von 1000 Abonnenten erreicht, der größte Teil der Auflage wird jedoch von den jugendlichen Genossen frei verkauft. Die Jahresabrechnung der Jugendorganisation weist 13 763,10 Fr. Einnahmen, 18 155,85 Fr. Ausgaben und einen Ueberfluß von 607,25 Fr. auf. Beschlossen wurde die Einführung des „Soldatenlohos“ mit einem Beitrag von 5 Cts. pro Mitglied und Monat. Mit diesen Geldern sollen der Militarismus bekämpft und seine Opfer unterstützt werden. Beim diesjährigen sozialdemokratischen Parteitag soll beantragt werden, alle militärischen Forderungen abzulehnen und die völlige Entwaffnung zu fordern. Den beiden sozialdemokratischen Nationalräten Raine und Graber wurde für ihren Kampf gegen den Militarismus ein Vertrauensvotum ausgesprochen, den übrigen Mitgliedern der Fraktion dagegen ein Mißtrauensvotum. Der Zimmerwalder Konferenz wurde zugestimmt. Eine Resolution lehnt den sogenannten staatsbürgerlichen Jugendunterricht entschieden ab und ersucht die sozialdemokratischen Lehrer, gemeinsam mit den sozialdemokratischen Schulbehörden bürgerlichen Staatsunterricht zu erteilen. Im übrigen sollen alle Organe der sozialdemokratischen Partei zur befriedigenden Lösung dieser Frage zusammenwirken.

Verichtigung. In unserem gestrigen Bericht über die Erklärung des Leipziger Bezirksverbandes hat sich ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. Danach lautet der 4. Absatz: „Daß er (der Parteivorstand und Aufsicht, D. M.) die Rechte des Reichstages,“ es muß aber anstatt Reichstages Parteitagess heißen. Der Absatz lautet dann folgendermaßen:

4. Daß er die Rechte des Parteitagess verleihe, indem er die Mitglieder der Kontrollkommission, die sich der Arbeitsgemeinschaft im Reichstage angeschlossen haben, mit Hilfe des Parteiaussschusses aus den ihnen vom Parteitag übertragenen Ämtern zu drängen versucht.

# A. WERTHEIM

## Lebensmittel

Verkauf  
Donnerstag  
**Fische**  
Grüne Heringe . . . Pfund 60 Pf.  
Schellfische Pfund 55 65 u. 90 Pf.  
Kabliau in ganzer Fisch. Pfd. 65 85 Pf.  
Schollen 35, Rotzungen 75 Pf.  
Lebende Aale Pfd. von 1.80 bis 2.75  
Ostsee-Lachs . . . Pfund 3.25  
in ganzen Fischen . . . Pfund 2.75  
Klippfische . . . Pfund 85 Pf.  
Nur Leipziger Straße:  
Seelachs . . . . . Pfund 1.40  
in ganzen Fischen . . . Pfund 90 Pf.  
Lebende Krebse Mdl. 1.75 bis 5 M.  
große, Stück 50 Pf.

## Fisch-Konserven

Fischklöße . . . . . 1/2 Dose 2.30  
Sardinen in Oel . . . . . Dose 70 u. 80 Pf.  
Makrelenfilet in Oel . . . . . Dose 1.35  
Charlotten-Rouladen . . . . . Dose 1.10  
Heringe in Gelee . . . . . Dose 90 Pf.  
Bismarckheringe . . . . . Dose 1.15  
Bratheringe . . . . . Dose 1.15 große 1.65  
Delikateßheringe Dose 95 Pf., große 1.40  
Neunaugen . . . . . Dose 1.20  
Lachs geräuchert . . . . . Dose 1.45 2.50 u. 5.00  
Hering i. Gef. Dos. ca. 4 Ltr. 6.25 1/2 Pfd. 80 Pf.  
Muscheln in Gelee. Dose ca. 8 Liter 8 M.

Sowelt  
Vorrat!

## Marmeladen

aus Frischobst — leicht gefärbt  
Gemischte Marmelade  
Elmer ca. 5 Pfund . . . . . 2.40  
Zwetschen-Marmelade  
Elmer ca. 5 Pfund . . . . . 2.80  
Rhabarber-Marmelade  
1/2 Dose . . . . . 95 Pf.  
Aprikosen-Marmelade  
Glas 1 Pfund Inhalt . . . 1.05 1.10  
Frischobst-Marmeladen  
Pfand . . . . . 50 Pf. bis 1 M.  
Pflaumenmuß . . . . . Pfund 85 Pf.  
Kunsthonig . . . . . Pfund 50 Pf.  
Preißelbeeren . . . . . Pfund 85 Pf.  
Zwischen m. Apfelmarmal. ca. 1 Pfd.-Dose 65 Pf.  
Orangen m. Apfelmarmal. ca. 2 Pfd.-Dose 1.28

## Räucherwaren

Bücklinge . . . . . 2 Stück 25 Pf.  
Schlei-Bücklinge . . . Stück 20 Pf.  
Sprott-Bücklinge 1/2 Pfund 55 Pf.  
Geräucherte Flundern  
Geräucherte Aale . Bund 95 Pf.

## Obst und Gemüse

Spinat . . . . . Pfund 10 Pf.  
Radieschen . . . . . 5 Bund 10 Pf.  
Rettig-Radieschen . . 3 Bund 10 Pf.  
Salat . . . . . 3 Köpfe 20 Pf.  
Blumenkohl . . . . . Kopf 39 50 60 Pf.  
Schnittlauch . . . . . 4 Bund 10 Pf.  
Große Dauermaronen . Pfund 40 Pf.  
Apfelsinen, Dutzend 90 Pf., 1.20 1.50  
Zitronen . . . . . Dutzend 35 50 Pf.  
Feigen . . . . . Pfund 80 Pf., 1 10  
Datteln . . . . . Pfund 95 Pf.

Verkauf  
Donnerstag

Ausstellung  
von  
Arbeiten Verwundeter  
Verkauf 1. Stock Leipziger Straße

Spargel  
Pfd. 15, 30, 40, 50 Pf.

Möwen-Eier  
(nur Leipziger Straße)  
2 Stück 35 Pf.

Alter Edamer Käse  
Pfund 1.85

Holländer Käse  
Pfund 2 M. bis 2.40

Junge Gänse — Enten  
Hühner — Junge Tauben  
Frische Landeier

**Reichstag.**

45. Sitzung. Mittwoch, den 10. Mai 1916, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Visco.

Nach debattierter Erledigung einiger Rechnungssachen wird die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet fortgesetzt.

Abg. Haase (Soz. Arb.):

Darüber, daß ein geordnetes Feststellungsverfahren einheitlich nach bestimmten Grundsätzen festgelegt werden muß, besteht keinerlei Meinungsverschiedenheit. Ebenso sind sämtliche Parteien des Hauses darin einig, daß der vorliegende Gesetzentwurf gründliche Nachprüfung erfordert. Mit der Kommissionsberatung sind auch meine Freunde einverstanden. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Geschädigten jetzt bald alle wettterfesten Häuser beziehen können, damit sie nicht noch einen Winter zum Teil in Baracken zubringen müssen. Reichen Leuten und kapitalkräftigen Gesellschaften sollte nicht zugemutet werden, auf Ersatz des letzten Vermögens ihres Schadens zu bestehen. Viehbestand ist Klagen glaubhaft begründet worden, daß in den bisherigen Vorkriegsschadensverfahren die angemeldeten Ansprüche recht ungleichartig behandelt worden sind. (Hört! hört! bei der Sozialdem. Arbeitsg.) Der § 18 des Entwurfs, der bestimmt, daß soweit in einem Vorkriegsschadensverfahren Kriegsschäden bis zum Betrage von 1500 Mark im Wege der Einigung mit den Geschädigten festgesetzt sind oder werden, es hierbei kein Verwehren behält, darf unter keinen Umständen dazu führen, daß die kleinen Leute zu einem Nachlassen ihrer Forderungen bestimmt werden. Gerade für sie ist es notwendig, daß sie im vollen Maße Ersatz für ihr verlorenes Eigentum bekommen. Vor allem fordern wir, daß auch Vertreter der Arbeiter bei dem Feststellungsverfahren hinzugezogen werden. (Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.) Dem Kollegen Emmel stimme ich darin bei, daß in dem Reichsgesetz, das in diesem Gesetz vorgesehen ist, auch das Parlament eine Vertretung bekommen hat. Vor allem wird dafür zu sorgen sein, daß die Kriegsteilnehmer entschädigt werden. Es würde kaum verstanden werden, wenn schwer reiche Leute, die mit ihrer Person während des ganzen Krieges jeder Gefahr entzweit waren, gemäß § 2 dieser Vorlage ihren Schadensvoll erhalten, während Arbeiter, Handwerker, kleine Gewerbetreibende, die am Kriege teilgenommen haben und durch den Krieg ruiniert sind, völlig leer ausgehen. Gerade diesen Leuten, die noch vielfach einen Berg von Schulden auf sich geladen haben, zu helfen, ist dringende Pflicht der Volksvertretung. (Bravo!) In Ostpreußen ist man erbittert darüber, daß in den Weizen der begeisterten Dankbarkeit schon jetzt soviel Tropfen Wasser gefallen sind. Alle, die mit Ostpreußen besondere Beziehungen verknüpfen, werden niemals das Leid vergessen, die der Krieg über die dortige Bevölkerung gebracht hat. Das ist ein Notfall für Elsaß-Lothringen. Da ist es gerade für uns ein heftigeres Bedürfnis, mit Nachdruck zu fordern, daß man hier bei der Befestigung der angerichteten Schäden nicht kleinlich vorgeht, sondern mit voller Hand das auszugleichen sucht, was diese Unglücklichen verloren haben. (Bravo!)

Abg. Dr. Gaegy (Mittler):

Wir begreifen es, daß der vorliegende Entwurf Vorarbeiten zu der notwendigen Entschädigung der Kriegsschäden bringt. Aber unmöglich kann der in der Begründung enthaltene Satz ernst gemeint sein, daß die Höhe der Entschädigung von der Finanzlage des Reiches abhängen wird. Es muß den Leuten, deren wirtschaftliche Existenz durch den Krieg vernichtet ist, die Möglichkeit gegeben werden, ihre Existenz von neuem aufzubauen, ohne daß sie von einer Schuldenlast erdrückt werden.

Abg. Dr. Waldstein (Rp.):

Wir von der Wasserrente denken mit großer Dankbarkeit daran, was wohl geschehen wäre, wenn zu Beginn des Krieges Helgoland noch englische Festung gewesen wäre. Dem Planne, der uns Helgoland für Sanftland erworben hat, dem Reichsanwalt Caprioli, sollte man auf Helgoland ein Denkmal setzen mit der Inschrift: Dem Schlichter der deutschen Kulte. Besonders bedenken sollte man bei der Entschädigung die Helgoländer, die so lange schon ihrer Heimat fern bleiben mußten.

Das Gesetz geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Es folgt die erste Lesung der

**Novelle zum Vereinsgesetz.**

Ministerialdirektor Dr. Lewald:

Die Vorlage bedeutet die Erfüllung des Versprechens, das die Reichsregierung hier am 18. Januar abgegeben hat. Der § 1 des Vereinsgesetzes enthält keinerlei Beschränkung über die Bildung von Vereinen, alle Reichsangehörigen haben das Recht, Vereine zu bilden, deren Zweck den Strafgesetzen nicht zuwider läuft. Da besteht kein Unterschied zwischen gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeitern, zwischen Staatsarbeitern und Beamten. Nur für die politischen Vereine bestehen eine Reihe von Vorschriften. Die Vorleser, den Begriff des politischen Vereins zu bestimmen, hat man der Rechtsprechung und der Praxis überlassen. Besonders haben die Gewerkschaften aller Richtungen sich bemüht, Begriffsbestimmungen zu finden, die sie von den einschränkenden Bestimmungen für politische Vereine frei ließ. Es wurde aber davon Abstand genommen, nachdem der damalige Staatssekretär des Innern und jetzige Reichsanwalt sich dahin ausgesprochen hatte, daß bei richtiger Auslegung des Gesetzes die unter § 152 der Gewerbeordnung fallenden Angelegenheiten nicht als politische Angelegenheiten anzusehen seien. Tatsächlich sind auch die meisten Gewerkschaften nicht die Bestimmungen für politische Vereine unterstellt und in weitestem Umfange gehören ihnen jugendliche Arbeiter an. Aber nach der Auslegung höchster Instanz ist dieser Zustand illegal. Absatz 2. W. der Tabalarbeiterverband zum Tabaksteuergesetz Stellung nehmen, so würde er im Sinne dieser Entscheidungen ein politischer Verein werden. Dieser Widerspruch zwischen Rechtsprechung und Wille des Gesetzgebers muß beseitigt werden. Das liegt sowohl im Interesse der Rechts einheit wie im Interesse der Gewerkschaften, die sich im Kriege als notwendige Glieder der deutschen Volkswirtschaft erwiesen haben. Die Vorlage will weiter nichts als eine fällige Auslegung des Gesetzes durch die Rechtsprechung verhindern, sie enthält eine authentische Auslegung dessen, was der Gesetzgeber bei Erlaß des Reichsvereinsgesetzes gewollt hat. Nach unserem Gewerbebericht versagen jugendliche vom 16. Lebensjahre ab über ihre Arbeitskraft genau so frei wie jeder andere Arbeiter und deshalb haben sie auch das Bedürfnis, sich die Vorteile einer gut geleiteten Gewerkschaft zunutze zu machen. Die Verbände der Regierungen glauben, daß die Fassung der Vorlage bedenkenfrei ist und ihre Abgrenzung weit genug gezogen ist, denn sie gibt verbindliche Normen für die Rechtsprechung und Verwaltung. Wenn eine Gewerkschaft allerdings sich mit allgemeinen politischen Fragen beschäftigt, so muß sie sich auch den Bestimmungen für politische Vereine unterwerfen. Nach der Meinung der Verbände der Regierungen würde jedes Hinsingehen über den Rahmen der Vorlage ihr Zustandekommen gefährden. Wir hoffen, daß die Vorlage eine Quelle von Verärgerung und Verstimmungen verstopfen und dem inneren Frieden dienen wird. (Beifall.)

Abg. Becker-Arnberg (3.):

Wir beantragen Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Es handelt sich darum, Klarzulegen, was bei

Erlaß des Reichsvereinsgesetzes der Gesetzgeber gewollt hat, und was von den Verwaltungsbehörden vielfach mißachtet worden ist. Es trägt sich übrigens, ob es nicht etwa angebracht wäre, auch Ausnahmefestimmungen gegen andere Volksgenossen zu beisteigen, ich erinnere an den Sprachparagraphen. (Sehr gut!) Besonders bemerkend sind wir, daß von der Aufhebung des Vereinsgesetzes noch immer nicht die Rede ist. (Sehr wahr! im Zentrum und Parteirechts: Anträge stellen.) Würde endlich die Regierung mit dem ganzen Wust der Ausnahmegesetze Schluss machen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Legien (Soz.):

Den Anträgen, die meine Partei zur Aenderung des Vereinsgesetzes zu stellen hat, wird durch diese Vorlage natürlich nicht genügt, sie genügt nicht einmal den Forderungen, die der Reichstag im vorigen Jahre gestellt hat. Eigentlich hätte die Regierung mit dem ganzen Wust aufräumen sollen, der im Vereinsgesetz den Geist längst vergangener Zeiten atmet. Gar nicht berührt werden von der Vorlage die beiden wesentlichen Punkte des Sprachparagrafen und des Jugendlischen Paragrafen. Wiederholt haben wir erklärt, daß wir nicht das geringste Interesse daran haben, die jugendlichen Leute mit politischen Fragen zu beschäftigen; soweit es irgend möglich ist, soll der proletarischen Jugend die Jugendfreude erhalten bleiben, das Leben bringt sie viel zu früh in den wirtschaftlichen Kampf hinein. Trotzdem bekämpfen wir die beschränkenden Bestimmungen der Gesetzgebung schon deshalb, weil sie den beabsichtigten Zweck gar nicht erreichen, sondern das direkte Gegenteil. Der Zweck des Jugendlischen Paragrafen ist eigentlich nur der, besonders unsere Arbeiterjugend davor zu bewahren, in sozialistischer Weltanschauung erzogen zu werden. Aber auch die leidenschaftlichsten Vertreter dieser Anschauung sind jetzt wohl zu der Ansicht gekommen, daß die Erziehung der Jugend im sozialistischen Geiste sehr notwendig ist, hat doch der Krieg gezeigt, daß nur der sozialistische Geist es zu dem großen gemeinschaftlichen Zusammenhalten gebracht hat. Auch der Sprachparagraf sollte aufgehoben werden. Ein großes Volk muß es nicht ertragen können, daß alle Volksgenossen ihre wichtigsten Angelegenheiten in ihrer Muttersprache erledigen, sondern es ist geradezu dazu verpflichtet, für diese Möglichkeit zu sorgen. Für die Gewerkschaften ist es wichtig, wenn bei einer Lohnbewegung die Unternehmer Arbeiter aller Weltgegenden heranziehen, um sie zu Streikbrechern zu benutzen, mit diesen Arbeitern in ihrer Muttersprache verhandeln zu können. Der Krieg hat doch gezeigt, welche guten und gesunden Kräfte gerade in den weniger bemittelten Schichten des Volkes vorhanden sind. Eine wohlweise Regierung sollte diese guten und gesunden Kräfte nicht nur in der Stunde der Gefahr auslösen, sondern dauernd. Wir erwarten ganz bestimmt, daß das bei der Neuorientierung geschehen wird, die der Reichsanwalt in Aussicht gestellt hat. Sollte diese Erwartung nicht eintrifft, so werden wir alles daran setzen, es zu erreichen. Die Gewerkschaften sind nicht nur gegen den Willen der Unternehmer, sondern auch gegen den der Reichsregierung zu dem geworden, was sie heute sind. Von ihrer Existenz und ihrem Wirken war eigentlich nur in der statistischen Abteilung der Reichsverwaltung etwas bekannt. Das Bestreben der Gewerkschaften, die Arbeitermassen im sozialistischen Geiste zu erziehen, hat den Gegenjah gegen sie hervorgerufen, heute aber haben wir wohl alle Ursache, unseren gewerkschaftlichen Organisationen dafür zu danken. Dasselbe gilt auch für die Kriegsorganisations der Arbeiterschaft und für die sozialdemokratische Partei. In der Stunde der Gefahr haben die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter sich in den Dienst des Vaterlandes gestellt. Sie werden das für selbstverständlich erklären. Wenn man aber weiten Schichten des Volkes durch Polizei und Gesetzgebung die Liebe zum Vaterlande austreibt, so ist das keineswegs selbstverständlich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Heute finden wir bis weit in die Kreise der Konserverativen hinein Worte der Anerkennung für die Gewerkschaften. Den Worten hätte nur die Tat folgen sollen, bei Gelegenheit dieser Vorlage hätte die Regierung die Bestimmungen beseitigen sollen, von denen ich gesprochen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber schon dieser Entwurf, der nur eine selbstverständliche Erleichterung der Gewerkschaften auf dem Gebiet bringt, auf dem die Regierung ihre Dilemma in Anspruch nimmt, veranlaßt die Unternehmer in der Landwirtschaft zu einem grimmigen Protest. Das beweist, wie stark Kräfte am Werke gewesen sind, die die Ansicht, die die Regierung vielleicht in bezug auf das Vereinsgesetz gehabt hat, zu durchkreuzen. Zur Zeit weiß ich nicht, ob irgendeine Partei des Hauses sich die Ausführungen in den Eingaben des Bundes der Landwirte und des Landwirtschaftsrats zu eigen macht, und gehe daher nicht darauf ein. Soweit das Recht der Landarbeiter zum Streifen und zum Organisieren in Betracht kommt, kann ich mich vollständig dem Vortrager anschließen und brauche es nicht zu wiederholen. Nur eines: in diesen Eingaben handelt es sich nicht darum, den Landarbeitern erweiterte Rechte zu verweigern, sondern ihnen bestehende Rechte zu nehmen. (Sehr richtig!) Das Reichsvereinsgesetz gibt allen Reichsbürgern ohne Unterschied das Recht, Vereinigungen zu bilden. Wenn die genannten Eingaben verlangen, den Landarbeitern dieses Recht nicht zu gewähren, so heißt das, ihnen bestehende Rechte aberkennen wollen. (Hört! hört! links.) Was für die Landarbeiter gilt, gilt selbstverständlich auch für Staats- und Gemeindearbeiter. Der Regierungsvortrager hat die Anschauung, daß diese Kreise das Recht der Vereinigung nicht haben, deutlich zurückgewiesen. Auch die Landarbeiter bekommen also durch diese Novelle nicht etwa neue Rechte. Man sollte uns in dieser Zeit doch mit den Reaktionen der Eingaben bescheiden, daß das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer auf dem Land ein ganz anderes ist, wie in den gewerblichen Verufen in den Städten. Auch der Landarbeiter verkauft seine Arbeitskraft gegen Lohn, und wenn es in einer der Eingaben heißt, daß das Vertragsverhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter in der Landwirtschaft ein Vertrauensverhältnis ist, so muß auch die erste Voraussetzung eines Vertrauensverhältnisses erfüllt werden, daß nämlich für beide Teile der gleiche Rechtsboden gegeben ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daran schließt es, ich brauche ja nur auf die Gewerbeordnung und das preussische Gesetz von 1854 hinzuweisen. Eine unserer ersten Aufgaben muß es sein, nicht eine Beschränkung, sondern eine Erweiterung der Rechte der Landarbeiter herbeizuführen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die von der Regierung gewählte Form zeigt den besten Willen, den beabsichtigten Zweck zu erreichen. Ob es auch wirklich die beste Form ist, wird erst die Praxis ergeben. Ein Richter, der das Wesen der in Betracht kommenden Organisationen nicht kennt und die Ansicht des Gesetzgebers nicht teilt, wird bei jeder Form zu einer anderen Auslegung kommen können. Wir halten die vorliegende Form für zweckmäßig und wollen daher nicht einen Antrag auf Ueberweisung des Entwurfs an eine Kommission stellen. Dem von anderer Seite gestellten Antrage widersprechen wir natürlich nicht. Wir meinen, einige Unklarheiten hätten durch Erklärungen der Regierung beseitigt werden können. So wird von der Arbeiterversicherung gesprochen, nicht aber von der Angestelltenversicherung, die doch selbstverständlich auch in dieses Gebiet gehört. Der Jugendlparagraf verbietet im ersten Teil Personen von 18 Jahren, an politischen Vereinen und Versammlungen dieser Vereine teilzunehmen, und im Schlußsatz auch die Teilnahme an öffentlichen politischen Versammlungen. Werden nun in Zukunft auch öffentliche von Gewerkschaften einberufene Versammlungen nicht mehr als politische angesehen werden? Ich lese es aus dem Entwurf heraus, wünschste aber dringend auch hierauf eine Antwort. Eine Gewerkschaft kann gar nicht darauf verzichten, auf die Jugendlischen auch

über den Kreis ihrer Mitglieder einzuwirken. Einige andere Meinungen werden sich, nachdem der Entwurf ja nun an eine Kommission geht, erheben lassen. Rüge er aus der Kommission recht bald und in einer Form zurückkommen, die uns die Zustimmung ermöglicht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Meinigen (Rp.):

Auch wir wünschen eine schnelle Erledigung der Novelle in der Kommission und im Plenum. Sie entspricht keineswegs den mehrfach geäußerten Wünschen des Reichstages. Auch bei der Beratung des Vereinsgesetzes war der Reichstag sich vollkommen klar darüber, daß Gewerkschaften nicht politische Vereine seien, wenn sie sich mit Sozialpolitik beschäftigen. Wir sind wegen der Fassung der Paragraphen 1 und 3 des Vereinsgesetzes heftig angegriffen worden. Aber die Erfahrungen, die wir gemacht haben, werden wir mit der neuen Vorlage auch machen. Es hindert hier neue juristische Begriffe eingeführt, es wird unterschieden zwischen politisch und Sozialpolitisch. Wir scheine die Form, die der Reichstag 1913 gewählt hat, besser. Vor allem spricht die Erfahrung dafür, Klarheit im Gesetz selbst zu schaffen und das nicht den Revidenten zu überlassen. — Andere Materialien, wie die der Sprachparagrafen, sollten mit dieser Vorlage nicht verquirit werden, um sie nicht zu gefährden. Es ist zu begrüßen, daß die ersten Augusttage des Jahres 1914 so gründlich mit dem Geist des Jugendhausgesetzes ausgeräumt haben, der noch kurz vor dem Kriege umging. Diese Vorlage soll ein Ausdruck des Dankes sein für die Entschlossenheit, für die Opferbereitschaft, mit der die deutschen Arbeiterorganisationen ihre Sache in den Dienst des Vaterlandes gestellt haben, sie soll ein Zeichen des Vertrauens der Regierung und der Parlamente zu den sozialen Selbstverwaltungskörpern sein. Hoffentlich wird dieser Gedanke des Vertrauens auch bei der Ausführung des Gesetzes siegen. (Bravo!)

Die Weiterberatung wird verlegt auf Donnerstag 8 Uhr. (Vorher Bericht der Geschäftsordnungskommission über die Disziplinierung Liebknechts.)

Schluss 5¼ Uhr.

**Die Haftentlassung Liebknechts von dem Geschäftsordnungsausschuß abgelehnt.**

Anlässlich der Verhaftung Dr. Karl Liebknechts hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Reichstagsantrag: „Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichsanwalt zu eruchen, das gegen den Abg. Dr. Liebknecht eingeleitete Verfahren für die Dauer der Sitzungsperiode auszusetzen und die über ihn verhängte Haft aufzuheben.“

Ein ähnlichen Antrag hatte die Arbeitsgemeinschaft gestellt. Beide Anträge wurden am Mittwoch im Geschäftsordnungsausschuß verhandelt.

Abg. v. Payer berichte zunächst auf Grund der Akten über das vorliegende Tatsachenmaterial. Danach hat Genosse Liebknecht eingekerkert worden. Handzettel verbleibt, die zu einer Verurteilung auf dem Potsdamer Platz, und zwar am 1. Mai, aufforberten. Er hat auch ein Flugblatt mit der Überschrift: „Auf zur Weisheit!“ verbreitet. Flugblätter und Handzettel wurden später in seiner Wohnung und auf seinem Bureau in größerer Anzahl (120 Handzettel und 1340 Flugblätter) vorgefunden. Liebknecht hat aber nicht nur zu der Versammlung eingeladen, sondern hat auch persönlich daran teilgenommen, und zwar in Zivilkleidung. Bei dieser Gelegenheit hat er auch die Rufe ausgestoßen: „Nieder mit der Regierung! Nieder mit dem Krieg!“ Die Folge dieses seines Auftretens war die Inhaftnahme durch zwei Schutzleute. Bei der Verhaftung hat er Widerstand geleistet. Zwei Haftbefehle folgten, einer von der Kommandantur in Berlin am 3. Mai wegen Ungehorsams gegen einen Dienstbefehl und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, und dann später wegen des dringenden Verdachtes, während des Krieges einer feindlichen Macht Vorschub geleistet zu haben, also wegen Landesverrats, und, da dieser von ihm als Soldat und unter dem Belagerungszustand begangen, wegen Kriegsverrats.

Das Flugblatt wurde im Wortlaut vorgelesen. Nach Verlesung der Zeugenaussagen und eines sehr langen Rechtfertigungsschreibens Liebknechts nimmt der Berichterstatter als feststehend an, daß Liebknecht an der Ansammlung am Potsdamer Platz sich beteiligt hat; daß er an der Vorbereitung dieser Ansammlung beteiligt gewesen, indem er Handzettel verteilt und am 1. Mai das Flugblatt vielfach verbreitet hat; daß er bei der Ansammlung aus der Menge herausgerufen hat: „Nieder mit dem Krieg!“ und gleichzeitig: „Nieder mit der Regierung!“; daß, als er verhaftet und abgeführt werden sollte, er sich der Abführung körperlich widersetzt hat. — Das Entscheidende scheint ihm im zweiten Haftbefehl zu liegen, in dem Liebknecht beschuldigt werde, während des Krieges einer feindlichen Macht Vorschub geleistet zu haben durch Verleitung des Flugblattes, in dem er zum Massenauflauf und zu Gewalttätigkeit gegen die Regierung auffordert, zumal, wenn damit die Aufforderung verbunden worden, sich zu einer bestimmten Zeit auf einem bestimmten Platz einzufinden, und besonders unter den obwaltenden Verhältnissen. Man werde zugeben müssen, daß Liebknecht vorzüglich einer feindlichen Macht Vorschub geleistet habe. Es liege eine Verletzung vor, die weder tatsächlich noch juristisch bezweifelt werden könne. Es handle sich in diesem Falle um einen sehr ernsten Vorgang, auf den der bisherige Brauch des Reichstages seine Anwendung finden könnte. Der Reichstag habe nicht nur auf die parlamentarische Immunität zu achten, es gelte, auch die Interessen des Reiches zu schützen gegen die Eingriffe eines Abgeordneten. Man müsse auch an die Zukunft denken. Von Liebknecht, der vorgab, seiner Pflicht gemäß zu handeln, könne man nicht eine Aenderung seiner Handlungsweise erwarten. Aus all diesen Gründen könne er sich nicht entschließen, die Genehmigung zur Einstellung des Verfahrens zu empfehlen, er beantrage deshalb, die Anträge abzulehnen.

Abg. Dr. Landsberg (Soz.) legt zunächst dar, daß es das unbestreitbare Recht des Reichstages ist, die Einstellung eines Verfahrens zu verlangen, auch wenn es sich um militärische Vergehen handelt. Diese Immunität beruhe auf § 31 der Reichsverfassung. Der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, so führt er weiter aus, sei nicht eingebracht aus Empathie für Liebknecht, nicht um ihm die Fortsetzung der sonderbaren Art von Agitation zu ermöglichen, sondern um das Recht des Reichstages zu wahren. Das Recht des Reichstages stehe höher als das Interesse der Justiz an der Durchführung eines beschleunigten Verfahrens. Nach längeren Ausführungen über die Tatbestandsfrage schließt er: Das Privilegium der Immunität bekomme keine Bedeutung erst in politisch aufgeregten Zeiten; sei es erst einmal durchbrochen, dann bestehe es überhaupt nicht mehr und könne weiter durchbrochen werden. Niemand könne wissen, ob nicht in Zeiten politischer Erregung die Häupter der Opposition die Leittragenden einer solchen Durchbrechung sein würden. Eine würdigere, mehr dem Reiche dienende Grundgebung sei nicht denkbar, als wenn der Reichstag erklärt, er sei des deutschen Volkes so sicher, daß er dem Vorgehen Liebknechts keine Bedeutung beimeße.

Abg. Dr. Jun d (nalk.) befürchtet von der Annahme der beiden Anträge eine unheilvolle fittliche Verwirrung nationaler Vergehrisse. Es handle sich in diesem Falle um das vorsätzliche Verbrechen des Landesverrats, und der Reichstag habe keine Veranlassung, einen Landesverräter zu schützen. Er, Redner, schließe sich für seine Partei dem Referenten an, beide Anträge abzulehnen.

Abg. Gräber (Zentrum) unterschreibt in allen Einzelheiten, was der Berichterstatter gesagt. Er sei, im Gegensatz zu Dr. Landsberg, der Ansicht, daß auch die übrigen Vergehen Liebknechts gar nicht so leichter Natur seien. Allerdings im Verhältnis zum Landesverrat seien sie geringfügig, immerhin aber mit Gefährnis-

strafen bis zu zwei Jahren bestraft. Der von Dr. Landberg erwähnte Präzedenzfall aus dem Jahre 1899 könne nicht zum Vergleich herangezogen werden. Es sei eine sehr schwere Verletzung, wenn ein Abgeordneter ein Flugblatt von einem betraglichen Inhalt verteile. Solches Begleiten könne zu unübersehbaren Zuständen führen, namentlich in einer Zeit wie der gegenwärtigen. Der Vorstand des Kriegsrates liege zweifellos vor. Die Annahme der Anträge würde ein Schritt sein, der ganz im Gegensatz zu den Verfassungsbestimmungen stehe, die doch nur das Wohl des Vaterlandes wolle. Der Reichstag habe gar keinen Anlaß, hier der Justiz in den Arm zu fallen. Einem solchen Treubruch gegenüber müsse man die Strenge des Gesetzes walten lassen.

Abg. Dr. Hertel (kons.) erklärt, daß seine politischen Freunde der Ansicht der Abg. Vauer, Jung und Gräber sich anschließen, zumal hier ein Ausnahmefall vorliege, wie er in der Geschichte des Reichstages noch nicht vorgekommen. Unter keinen Umständen dürfe der Eindruck im Volk entstehen, daß der Reichstag ein solches Verbrechen unterstütze. Ein Verstoß im Sinne der Anträge würde im Volk nicht verstanden werden.

Abg. Schr. v. Camp (D. F.) schließt sich diesen Ausführungen an.

Abg. David (Soz.) unterstreicht nochmals die Ausführungen Landbergs und macht darauf aufmerksam, daß von den hohen Worten Liebnechts in dem Flugblatt bis zu den entsprechenden Taten doch noch ein sehr weiter Weg sei. Auf keinen Fall habe es sich bei der Aufsammlung am Potsdamer Platz um den Beginn des angelegentlichsten Kampfes gehandelt. Ein solcher sei überhaupt Mahjong. Heute, die harte Worte getraut, seien in ihren Taten nicht so gefährlich. Liebnecht sei von seiner Ideologie so befallen, daß sie ihm das ruhige Urteil nehme. Ein Vorgehen gegen ihn würde ihm die Märtyrerkrone aufs Haupt drücken und damit seinem Tun eine Bedeutung und Wirkung geben, die es nicht habe.

Abg. Dr. Chlapowski (Pole) wird trotz der Schwere des Falles für die schleunigen Anträge stimmen.

Nach einem Resümee des Berichterstatters werden die gestellten Anträge gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Polen abgelehnt.

## Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Die Beratung der zum Etat des Reichsamts des Innern gestellten Anträge wurde am Mittwoch fortgesetzt. — Abg. Dr. Pfeleger (Str.) begründet einen Antrag des Zentrums, die Regierung solle Maßnahmen treffen zur Erhaltung und Vermehrung unserer Handelsschiffe sowohl für den Binnen- wie für den Meeresschiffverkehr. — Unterstaatssekretär Richter erklärt die Freiwilligkeit der Regierung, für diesen Zweck Mittel zur Verfügung zu stellen. — Abg. Dr. Stresemann (nati.) unterstützt diesen Antrag und fordert von der Oberverwaltung, den Berufen genügend Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Auch die Verwendung von Kriegsgefangenen ist in Erwägung zu ziehen. Zu behaupten ist, daß die Wirtschaftsausfälle nicht genügend berücksichtigt werden.

Direktor Müller antwortet auf die Bemerkung, daß die Suche um Ausfuhrerlaubnisse verzögert werden. Bei einem Einlauf von 3000 Gefunden täglich und der Menge notwendiger Rückfragen ist eine raschere Erledigung nicht möglich. — Unterstaatssekretär Richter gibt den Spargel-Erlaß des Präsidenten zum Vollzug an. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft arbeitet zur völligen Zufriedenheit. Wenn nach dem Krieg der Handel wieder aufgenommen wird, dann müssen auch die persönlichen Beziehungen zwischen Käufern und Verkäufern wieder hergestellt werden. Man kann auch daran denken, daß und das feindliche Ausland Rohmaterialien als Kriegsentschädigung liefert. Wir müssen mit dem Ausland Waren gegen Waren tauschen; in erster Linie Linsen, Hafer und Getreide. Eine Schwierigkeit liegt in der Lomage. Die im Ausland liegende deutsche Lomage wird in der ersten Zeit nach dem Kriege nicht sofort zu verwenden sein. Für die Beschaffung der Rohstoffe werden Gesellschaften geschaffen werden, damit auch mittlere und kleinere Betriebe versorgt werden können. Für die erste Zeit des Friedens wird also die Einfuhr nicht freigegeben werden können. Die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn haben bereits zur Aufstellung eines Programms geführt. — Abg. Dietrich (nati.): Die Nation, die nach dem Kriege den meisten Transportraum hat, wird die Schwierigkeiten am leichtesten überwinden. Redner empfiehlt, an unserem Zolltariffschema unbedingt festzuhalten. Die Anträge der Sozialdemokraten auf Einschränkung der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen in der Industrie gehen zu weit. Die Eisen- und Stahlindustrie hat den größten Teil des Stammes ihrer Arbeiter verloren. Mit erleichternden Bestimmungen kann man erst nach dem Kriege vorgehen.

Abg. W. um spricht für die Schaffung von Heimstätten für die Kriegsteilnehmer, und begründet dann den Antrag, die bei Konserven eintretende Verschwendung der staatsbürgerlichen Rechte aufzuheben. — Abg. Schiele (kons.) gibt die Schuld an der mangelhaften Unterstützung der Kriegsveteranen der Kriegsvorbereitungen, die allein in der Lage sind, die Verhältnisse der einzelnen Familien zu beurteilen. Daß den Frauen der Kriegserwerber aufgestellt wird, zu arbeiten, wenn sie leistungsfähig sind, ist berechtigt. Heute besteht für alle Kreise des Volkes die Arbeitspflicht.

Abg. Bach (Soz.) stellt fest, daß die Ausführungen des Unterstaatssekretärs Richter eigentlich eine Anerkennung des Freiwillens waren. Am besten wird sich der Staat entwickeln, der die leistungsfähigste Arbeiterschaft hat. Das aber liegt dem Schutz der Frauen und der Jugendlichen voraus. Auf diesem Gebiete bestehen aber heute schwere Mängel. Auf keinen Fall darf die Tätigkeit der Gewerkschaften eine Einschränkung erfahren. Ein kurzer Verzicht über diese Tätigkeit sollte dem Reichstag gegeben werden. Mindestens sollte man aber eine Forderung der Beschäftigten vornehmen, um ein Bild darüber zu gewinnen, wie viele Frauen in der Industrie beschäftigt werden. — Die Ausfuhr von Spargel wird deshalb von gewissen Kreisen angestrebt, weil wir eine sehr gute Ernte haben und ein Gebirgsgebiet der Preise befürchtet wird. — Wo eine vernünftige Verwaltung besteht, dort kann man die Unterstützung der Kriegsveteranen auch entsprechend regeln, indem man Bedarfsfälle aufstellt. Damit kann man den verschiedensten Verhältnissen Rechnung tragen. — Direktor Lenzel legt nur Bedenken dar, daß der Bundesrat Bedarfsfälle aufstellen soll. Man werde durch ein Rundschreiben die Behörden auf die in der Kommission geäußerten Wünsche aufmerksam machen.

Abg. Städler (Soz.) stellt an das Reichsamt des Innern die Anträge, welche Gehälter die Beamten in den besetzten Gebieten beziehen. Von sei mitgeteilt worden, daß diese Gehälter ihr volles Heimatgehalt bekommen und außerdem noch Tagegelder in Höhe bis zu 900 M. monatlich. Man hat offenbar die Tagegelder zugrunde gelegt, die im Frieden bei Dienstreisen bezahlt worden sind. Die Übertragung eines Amtes in den besetzten Gebieten, die sich auf über Jahr und Tag erstreckt, kann ganz unzumutbar als eine Dienstreise betrachtet werden. Für die Gewährung derart enormer Gehälter besteht nicht der mindeste Anlaß. — Direktor Lenzel gibt an, daß solche Gehälter bisher bezahlt worden sind; aber man hat nicht mit dieser langen Dauer des Krieges rechnen können. Es ist jetzt eine Neuregelung eingetreten, die aber noch nicht in Kraft ist. Künftig sollen erhalten werden (brom vollen Heimatgehalt) die Chefs der Verwaltungen, die Referenten usw. 600 M. pro Monat, die übrigen oberen Beamten 500 M., die mittleren Beamten 450 M., die unteren Beamten 210 M.

Abg. Bauer (Soz.) hält es für ganz unmöglich, für alle Kriegsteilnehmer Heimstätten zu schaffen. Ueber den Umfang der Frauennarbeit soll man Aufstellungen machen. Nach dem Kriege werde sich die Frauennarbeit unbedingt vermehren. Die Lage der ausländischen Arbeiter bedarf dringend der Verbesserung. Die über sie verhängte Aufhebung der Freigigeltigkeit bedeutet eine ge-

radezu unbekanntliche Härte. Ausländische Arbeiter, die in einem Volksheimort in Thürina bei Ultenburg beschäftigt waren, stellten wegen Lohndrückerei die Arbeit ein. Deshalb kamen sie zunächst ins Gefängnis, dann in ein Gefangenlager, obgleich ihnen andere Arbeit, zu der sie bereit waren, hätte angewiesen werden können. — Die neueste Verordnung über die Unterstützung der Textilarbeiter bedeutet eine nicht unerhebliche Verschlechterung. Die Kriegsveteranen müssen auch in den Staatsbetrieben nach ihrer Leistungsfähigkeit bezahlt werden, auf keinen Fall darf man ihnen die Rente anrechnen. Redner fragt dann, ob der Gesekentwurf doch komme, durch den das Recht-Verbot auch nach dem Kriege beibehalten werden soll. Direktor Lenzel erklärt, daß ausländische Arbeiter ihren Arbeitsplatz wechseln dürfen, wenn der Vertrag abgelaufen ist.

Direktor Caspar bestreitet, daß die Unterstützung der Textilarbeiter eine Verschlechterung erfahren habe. — Die Nachtarbeit in den Bädereien soll nach den Wünschen der Regierung verboten bleiben. Aus den Kreisen der Beteiligten ist aber Widerspruch erhoben worden. Ein Gesekentwurf wird dem Reichstag vor Verhandlung des Krieges nicht gehen. Die Verordnung bleibt auch nach dem Kriege solange in Kraft, bis der Reichstag ihre Aufhebung fordert.

Abg. Göttschewski verlangt größere Garantien für die ausländischen Arbeiter, die gegenwärtig nicht genug geschützt sind. Damit behindert man den Zugang dieser Arbeiter. Für die Familienunterstützung muß ein Minimum festgesetzt werden, das von der Unterstützung unbedingt erreicht werden muß. Im Kreis Wrimmen hat man eine Frau, die ein Einkommen von monatlich 6 M. hatte, die Unterstützung verweigert. Die Behörden weisen dort Unterstützungsgesuche zurück, sobald sie vom fortgeschrittenen Postsekretär durchgesehen worden sind.

Abg. Sachse (Soz.) fordert eine Ausdehnung des Arbeiterschutzes. Auf den weisfälligen Gruben werden den Arbeiterinnen Hungerlöhne bezahlt. Die Ernährung und die Bezahlung der Bergarbeiter ist völlig unzureichend. Auch in Westfalen läßt die Entschädigung der ausländischen Arbeiter sehr viel zu wünschen übrig. In Schlessien versucht man, den Textilarbeitern Verträge aufzuzwingen, nach denen sie acht Monate in der Landwirtschaft arbeiten sollen. Es genügt nicht, daß die Gemeinden mehr bezahlen, sondern das Reich muß die Unterstützung der Kriegerveteranen wesentlich erhöhen. — Abg. Dietrich (nati.) weist die Behauptung zurück, daß auf den Gruben Hungerlöhne bezahlt werden. — Abg. v. Trampczanski trägt schwerwiegende Klagen über die Behandlung der ausländischen Arbeiter vor. — Abg. Schmidt-Reihen (Soz.) behandelt nochmals eingehend die Frage der Familienunterstützung. Die Entscheidung über Unterstützungsgesuche wird zu lange verzögert. Für die Vermittlung russisch-polnischer Arbeiter berechnet das deutsche Staatsamt eine Gebühr von 8,00 M., die von den Arbeitern bezahlt werden muß. Textilarbeiter, die sich weigern, ländliche Arbeit zu übernehmen, werden mit Entziehung der Unterstützung bedroht. Dieses Verfahren ist völlig unzulässig.

Donnerstag gelangt die Frage der Zensur zur Verhandlung.

## Die Zigarettensteuer im Steuerhaushalt.

Der Steuerhaushalt des Reichstages trat Mittwoch in die Einzelberatung der Zigarettensteuerfrage ein. Ein Antrag Müller-Hulbe (P.), der vermutlich mit den unter den bürgerlichen Parteien schwebenden Verhandlungen zusammenhängt, bestreift die Streichung des Artikels 1 der Vorlage. Mit der Annahme dieses Antrags, an dem in der ersten Lesung nicht mehr zu zweifeln ist, fällt die Mehrbelastung, die in der Regierungsvorlage der Zigarette und dem Raubtabak im Gesamtbetrage von 72,6 Millionen Mark angedacht ist. Auf Wunsch des Zentrums wird die Beratung mit bei Artikel 1, sondern bei Artikel 2, der die Änderung des Zigarettensteuergesetzes bezweckt, begonnen. Der Vorlage soll die für den zigarettensteuerfreien Feinschnitttabak festgelegte Preisgrenze von 3,00 M. pro Kilo auf 5 M. erhöht und damit die Steuerklasse 2a des Zigarettensteuergesetzes beseitigt werden. Ein Zentrumsantrag schlägt in Aussicht auf die derzeitigen hohen Tabakpreise die weitere Erhöhung dieser Grenze auf 7 M. vor. Dieser Antrag wird aber später zugunsten eines konservativen Antrags, der bis auf 8 M. geht, zurückgezogen.

Staatssekretär Helfferich gibt zu, daß bei der Preisentwicklung der Say von 5 M. zu niedrig gegriffen sei, hofft aber, daß die Preise wieder zurückgehen werden, und regt daher das Kompromiß an, es bei dem gesetzlichen Say von 5 M. zu belassen; dem Bundesrat aber die Befugnis zu erteilen, diesen Say zeitweilig zu überschreiten.

Antrid (Soz.) bestreitet, daß die früheren Tabakpreise je wieder erreicht werden. Die Grenze von 8 M. müsse daher gesetzlich festgelegt werden. Das bedeute auch eine Förderung des Verbrauchs einheimischen Tabaks. Dazu sei aber weiter nötig, die Schnittbreite des Feinschnitttabaks, die in den bestehenden Ausführungsverordnungen auf zwei Millimeter festgelegt ist, auf einen Millimeter herabzusetzen, denn zwei Millimeter Tabakschnittbreite brenne in der Pfeife schwer.

Die Herabsetzung der Schnittbreite wird auch in einem Antrag der Konservativen gefordert. — Gegen diesen Antrag wird von den Regierungsdirektoren geltend gemacht, daß er das Selbstbreiten der Zigarette begünstigen und einen Steuerhaushalt bewirken würde. — Antrid und Hüllendorfer (Soz.) treten dem entgegen.

Aus Tabak von mehr als einem Millimeter Breite könnten Zigaretten nicht hergestellt werden; auch komme bei den heutigen Tabakpreisen das Selbstbreiten zu teuer. — Die Konservativen Arnstadt und Arath halten die ein Millimeter-Schnittbreite im Interesse des Verbrauches deutschen Tabaks, der für die Volkswirtschaft nicht in Frage komme, für geboten. — Die Erteilung der Vollmacht an den Bundesrat, die Preisobergrenze von 5 M. zu überschreiten, lehnen die sozialdemokratischen Redner ab. Der Reichstag müsse die Entscheidung in der Hand behalten. — Müller-Hulbe (P.) beantragt für den Fall der Annahme der steuerfreien Grenze von 8 M. den Bundesrat zu ermächtigen, diesen Say bis auf 5 M. zu erniedrigen.

Bei der Abstimmung wird der Say von 8 M. einstimmig, der Zusatzantrag Müller gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Auch der auf die Ausführungsverordnungen hinzulegende Antrag über die Schnittbreite findet Zustimmung.

Artikel 3 legt den Kriegsausschlag fest, der betragen soll 3—25 M. für das Tausend Zigaretten und 8—12 M. für das Kilogramm Zigarettenpapier. Für Zigarettenpapier wird eine Abgabe von 6 M. pro Tausend Zigarettenhälften gefordert. Für Zigaretten aus Fabriken, die erst nach dem 30. September 1918 angemeldet worden sind, soll der Kriegsausschlag im dreifachen Betrag erhoben werden. — Von den Nationalliberalen wird beantragt, statt dem 30. September 1918 den 1. Mai 1918 zu setzen, und auch die Betriebe von der dreifachen Kriegsteuer auszunehmen, die bereits vor diesem Termin häußliche Vorbereitungen für die Einrichtung getroffen haben. — Nach längerer vertraulicher Aussprache über diese Bestimmung wird der Antrag zurückgezogen.

Die Nationalliberalen beantragen weiter folgenden Zusatz: „Hat die Herstellung einer Fabrik mehr als 10 Proz. über die im Vorjahre erzeugte Menge hinaus betragen, so tritt für diese Mehrerzeugung ein sechsacher Kriegsausschlag ein.“ — Die Abg. Held und Schulerburg begründen diesen Antrag unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der mittleren und kleineren Betriebe. — Haas (Sp.) hält, da jede steuerliche Belastung der Zigarette den Großen nur Nutzen, den Kleinen nur Schaden gebracht habe, die vorgeschlagene Kontingentierung für erwerbslos. — Wismer (Sp.) dagegen erklärt, seine Partei könne auf die Kontingentierung weder jetzt noch später eingehen. Ebenso hält Wiand (Sp.) den Antrag für sehr bedenklich, auch vom Standpunkt des Verbrauchers aus, da der Großbetrieb billiger arbeite. Man könne nicht die Entwicklung zum Großbetrieb, die die Monopolisierung erleichtere, hemmen. — Auch

Herold (P.) bezeichnet den Antrag der Nationalliberalen als einen ungeeigneten Weg zum Schutze der Kleinen. Ein besserer Weg wäre nach seiner Meinung eine Stempelsteuer nach dem Muster der Brausteuer.

Staatssekretär Helfferich betrachtet den Antrag als schwerwiegend. Er bedeute eine Hemmung der Produktion und der Einnahmementwicklung. Andererseits wäre der Antrag unter dem Gesichtspunkt des in Aussicht genommenen Zigarettenmonopols nicht unwillkommen. Man werde den Gedanken bis zur zweiten Lesung überlegen müssen.

Deichmann (Soz.) wendet sich noch einmal gegen das ganze Gesetz und rät, wenn schon eine Mehrheit für die Zigarettenabgabe sicher sei, wenigstens die Sätze zu ermäßigen. Die Einfuhr von Zigaretten schiede bei einer weiteren Belastung von 3 M. pro Tausend, wobei die Gesamteinnahme 6,56 M. betrage, aus dem Verkehr aus, denn sie könne vom Fabrikanten nicht mehr zu 7 M. geliefert werden. Sie stelle aber bisher 31,7 Proz. des Verbrauchs dar. Auch die 24/25-Pf.-Zigarette (36,4 Proz. des Verbrauchs) könne nicht mehr zum alten Preise verkauft werden. Wollte man einen starken Verbraucherschutz und größere Arbeiterentlastungen vermeiden, so müßte die Sätze ermäßigt werden. Redner bekämpft ferner die horrenden Zölle.

Staatssekretär Helfferich ist für die Zukunft hoffnungsfreudig gestimmt angesichts der Lebensfähigkeit, die die Zigarette bisher bewiesen habe. — Der Reichsparteiler Warmuth stößt mit dem Vorschlag eines gleichmäßigen prozentualen Aufschlages auf den Widerspruch eines Regierungsdirektors. Die Bewegungsfreiheit innerhalb der Steuergrenzen werde damit eingeengt. — Antrid (Soz.) erklärt wiederholt, daß der grundsätzliche Widerstand seiner Partei gegen diese Steuer so lange fortbestehe, als nicht nachgewiesen sei, daß die notwendigen Einnahmen nicht aus direkten Steuern zu holen seien. Die Wirkung der Vorlage werde sein, Verdrängung der letzten Reste der Handarbeit durch Maschinenarbeit, Vernichtung der kleinen Existenzen in Produktion und Verkauf. Mit der Kontingentierung halte man die Entwicklung zum Großbetrieb auch nicht auf. — In demselben Sinne spricht Haas (Soz.). Söjinski (Pole) empfiehlt seinen Antrag, für Zigarettenhälften 2 M. statt 5 M. pro Tausend zu erheben, erklärt aber namens seiner Fraktion, daß sie gegen die ganze Vorlage stimme.

Die Abstimmung erfolgt in der nächsten Sitzung.

## Politische Uebersicht.

### Aus dem Reichstage.

Der Reichstag beendete in seiner gestrigen Sitzung nach Erledigung verschiedener Rechnungssachen zunächst die erste Beratung des Gesekentwurfs über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet. Genosse Saaje betonte dabei besonders die Notwendigkeit, die Interessen der Kleinen Leute zu berücksichtigen und auch Arbeitervertreter bei der Feststellung der Schäden hinzuzuziehen; im übrigen sprach er in demselben Sinne wie tags vorher der Genosse Emmel. Das Gesetz ging schließlich an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Das Haus trat dann in die erste Beratung der Vereinseinkommensteuer ein, die den Gewerkschaften größere Bewegungsfreiheit sichern soll, als sie ihnen vor dem Kriege infolge der Auslegung des Vereinsgesetzes durch Polizei und Gerichte gewährt worden ist. Ministerialdirektor Dr. Lenzel leitete die Beratung mit einer längeren Begründung ein. Sie enthielt das Eingeständnis, daß die bekannte polizeiliche und gerichtliche Auslegungspraxis gegen die Gewerkschaften weber mit den Absichten der Regierung, noch mit denen des Reichstages bei der Schaffung des Vereinsgesetzes im Einklang gestanden hat; dagegen die Gewerkschaften zu schätzen, sei der Zweck der vorgelegten Novelle. Er bezeugte die Fassung der Vorlage dazu für geeignet. Gleichzeitig erklärte er aber auch, daß sie den Rahmen begrenze, über den die Gewerkschaften nicht hinausgehen dürften, wenn sie nicht als politische Vereine behandelt sein wollten. Der erste Redner aus dem Hause, der Zentrumsabgeordnete Becker-Arnberg, äußerte bereits Zweifel, ob die Fassung der Vorlage die Wiederkehr der früheren Auslegungspraxis ausreichend zu verhindern geeignet sei. Er kritisierte weiter das Bestehenbleiben des Jugendlicherparagraphe, des Sprachenparagraphe, der Besindeordnung, des Ausnahmeregiments gegen die Landarbeiter und — des Jesuitengesetzes.

Der Redner der Sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Legien, erklärte sich im allgemeinen für die Annahme der Vorlage, wenn sie auch noch nicht einmal die notwendigsten Verbesserungen des Vereinsgesetzes enthalte, die der Reichstag im vorigen Jahre gefordert hat. Er ging eingehender auf die Landarbeiter-, die Jugendlichen- und die Sprachenfrage ein und glaubte die Gleichberechtigung der Arbeiter besonders mit den Erfahrungen begründen zu müssen, die von der Regierung mit den Arbeiterorganisationen im Kriege gemacht worden seien. Er fordert, daß der Anfang von Anerkennung, der mit der Vorlage den Arbeitern gemacht werde, bei der Neuorientierung nach dem Kriege fortgesetzt werde. Genosse Legien hielt die Form der Vorlage für die zweckmäßigste, vor falscher Auslegung sei man niemals sicher. Einige Unklarheiten könnten durch Regierungserklärungen beseitigt werden, so meint Legien trotz der bekannten Erfahrungen mit den Erklärungen des Herrn von Bethmann-Hollweg beim Vereinsgesetze. Er wünschte eine solche Aufklärung besonders bezüglich der öffentlichen Gewerkschaftsverordnungen. Eine Antwort von Regierungseite erfolgte zunächst nicht. Es sprach noch Herr Müller-Meinungen von den Fortschritten, im wesentlichen zustimmend, im einzelnen ähnlich kritisch, wie die beiden Vorredner aus dem Hause. Dann wurde die Beratung auf morgen vertagt. Zunächst soll heute über die Anträge auf Haftentlassung Liebnechts und Einstellung des Strafverfahrens gegen ihn verhandelt und beschlossen werden.

### Liebnecht bleibt in Haft.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstages lehnte gestern die schleunigen Anträge der sozialdemokratischen Fraktion und der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auf Aussetzung des Verfahrens gegen den Abgeordneten Dr. Liebnecht und Aufhebung der über ihn verhängten Haft gegen die beiden sozialdemokratischen und die eine polnische Stimme ab.

Die beiden sozialdemokratischen Stimmen entfallen auf die alte Fraktion. Zwischen der Deutschen Fraktion und der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft war um die Vertretung im Ausschuss gelöst worden, das Los hatte für die Deutsche Fraktion entschieden. Die Arbeitsgemeinschaft ist in der Kommission überhaupt nicht vertreten.

### Graf Hertling beim Reichskanzler.

Am 11. Mai, Berlin, 10. Mai. (M. T. B.) Der Reichskanzler empfing heute den Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling zu einer Aussprache über

Allgemeine Fragen, wie sie von Zeit zu Zeit zwischen dem Kanzler und den leitenden Ministern der größeren Bundesstaaten stattfinden pflegt. Es ist falsch, den Besuch des Grafen v. Hertling in Berlin mit Personalveränderungen innerhalb der Reichsregierung oder mit speziellen Organisationsfragen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung in Verbindung zu bringen. Dabei wird bemerkt, daß in der Tat eine Verbesserung und Vereinheitlichung des Verwaltungsapparates in Werke ist, dem die Ausführung der Bundesratsverordnungen obliegt. Die Errichtung einer den Bundesrat ausschaltenden "Lebensmitteldiktatur", wie sie ein Abendblatt unbedeutend, ist selbstverständlich nicht geplant.

Anfrage über die Verträge mit der Türkei. Abg. Genosse Dr. Herzfeld (Soz. Rtg.) hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht:

"Auf dem Vorschlag der Jungtürken zu Ehren der deutschen Parlamentarier in Konstantinopel, Ende April dieses Jahres, hat der türkische Minister des Aeußeren Haki Bei bekanntgegeben, daß Deutschland und Österreich mit der Türkei seit vier Monaten über ein Abkommis zu gleichen Rechten und von langer Dauer auf der Grundlage gegenseitigen und gleichwertigen Verständnisses gegen jede Gefahr verhandelt, daß bis auf einige Einzelfragen ein endgültiges Einverständnis erreicht sei und die Ratifizierung dieses Vertrages durch die Souveräne binnen kurzem bevorstehe.

In den Herrn Reichskanzler wird die Anfrage gerichtet, welchen Inhalt dieser Vertrag hat, und ob er dem Reichstage vor der Ratifizierung zur Kenntnis gegeben wird?"

**Wrieffperrc.**

In der bayerischen Abgeordnetenlammer wurde die von uns mitgeteilte sozialdemokratische Interpellation über die Wahrung des Wrieffheimnisses besprochen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Süßheim bemerkte bei der Begründung der Interpellation, es sei wiederholt vorgekommen, daß Briefe aus dem Felde an Abgeordnete von militärischer Seite geöffnet worden seien, hierin liege ein schwerer Eingriff in die Rechte der Abgeordneten, der zurückgewiesen werden müsse; über einen bayerischen Abgeordneten und dessen Gattin sei sogar die Wrieffsperrc verhängt worden. Der Kriegsmiister erklärte, die Wrieffkontrolle im Felde sei ein Anfluß der militärischen Notwendigkeit, und von der Obersten Heeresleitung geregelt. Der bayerischen Heeresverwaltung stehe auf deren Maßnahmen kein Einfluß zu, sie sei auch nicht in der Lage, einen Antrag an die Oberste Heeresleitung zu stellen, solange sie nicht nachweisen könne, daß die Kontrolle unzulässig gehandhabt werde. Ein Anspruch auf Sonderbehandlung der Abgeordneten könne rechtlich nicht begründet werden. Eine Besprechung schloß sich an die Interpellation nicht an. Außerhalb der Tagesordnung erklärte der fortschrittliche Abgeordnete Professor Duidde, daß er der Abgeordnete sei, über den die Wrieffsperrc verhängt worden sei.

**Steuerkompromiss in Sicht.**

Das "Verl. Tagebl." berichtet: Im Reichstage fanden gestern (Dienstag) abend zwischen den Parteiführern vertrauliche Besprechungen über die Gestaltung der Steuerverträge statt. Man sucht eine Grundlage, auf der sich die Bedenken der einzelnen Parteien sowohl gegenüber den in Frage kommenden direkten wie indirekten Steuern überwinden und ihre Wünsche sich vereinigen lassen. Ueber den Inhalt der vertraulichen Besprechungen läßt sich nichts mitteilen. Es sind auch noch nicht abgeschlossen. Indessen scheint es nicht unmöglich, daß noch vor der demnächst beginnenden zweiten Lesung im Ausschusse ein Kompromiss zustande kommt. Das Gerücht, daß ein solches Kompromiss in der Frage der Tabaksteuer bereits gefunden worden sei, trifft nicht zu. Es handelt sich um den bekannten Vorschlag des Tabakvereins, eine Erhöhung des Wertzolls zwar zu beschließen, sie aber erst nach dem Kriege in Kraft treten zu lassen. Dieser Vorschlag wird voraussichtlich am Mittwoch bei der Beratung der Tabaksteuer in der Kommission mit zur Erörterung kommen. Irigentlich Verhandlungen darüber haben aber bisher überhaupt noch nicht stattgefunden.

**Dr. Solz auf der Agitation.**

Wie die "Magdeburger Stg." mittelt, wird der Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solz am Sonnabend im Magdeburger Zirkus sprechen. Es laden jetzt dazu ein die Magdeburger Abteilungen der Deutschen Kolonialgesellschaft, des Deutschen Flottenvereins, des Frauenbundes der Deutschen Kolonialgesellschaft, des Frauenvereins vom Roten Kreuz für die Kolonien und des Flottenbundes Deutscher Frauen.

**Der Verkauf von Kandisguder.**

Berlin, 10. Okt. (M. Z. N.) Gegenüber mehrfach hervorgetretenen Zweifeln wird darauf hingewiesen, daß Kandisguder unter die Verordnung vom 10. April d. J. über den Verkauf mit Verbrauchssteuer fällt. Insbesondere unterliegt daher der Verkauf von Kandisguder der Regelung durch die Kommunalverbände; soweit diese vorgeschrieben haben, daß Zucker an Verbraucher nur gegen Zuckerkarte abgegeben werden darf, gilt diese Vorschrift auch für Kandisguder. Ferner findet die Bestimmung, nach der die Kommunalverbände Höchstpreise für den Verkauf von Zucker an die Verbraucher festzusetzen haben, auch auf Kandisguder Anwendung.

**Der Osterkongress der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands.**

In den Ostersagen fand in der Stadthalle von Newcastle die Jahreskonferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei (I. L. O.) Englands statt. Wie nicht anders zu erwarten war, behandelte die große Tagesordnung vor allem die Fragen der Friedenspropaganda, der Stellung zum Kriege überhaupt und die Haltung der Unabhängigen Arbeiterpartei zu der durch diesen Krieg in England geschaffenen Situation. Die ängstlichen Bemerkungen der "Daily Mail" und "Morning Post" lassen schon zur Genüge erkennen, von welchem Geist die Konferenz erfüllt war. Wie immer und überall suchen die reaktionären Mächte die Bedeutung der Beschlüsse dadurch herabzusetzen, daß sie von dem Keinen dunkeln von Phantasien sprechen. Die Reden und Resolutionen sind jedoch alles andere eher als phantastisch. Sie rechnen mit der Wirklichkeit, aber sie wollen nicht das Handeln der Menschen allein durch die Ereignisse bestimmen lassen, sondern sie wollen selbst tätig sein und die Ereignisse im Sinne der Arbeiterschaft und des Sozialismus zu lenken suchen.

Die Ansprache des Vorsitzenden J. B. Jowett war eine scharfe Abrechnung mit der Regierungspolitik. Er schätzte die durch den Krieg hervorgerufenen Verluste an Menschenleben auf 18 Millionen, die Kriegskosten auf 10 Milliarden Pfund oder 200 Milliarden Mark. Jowett widerholte die Forderung gegen die englische Regierung, daß die Verletzung der belgischen Neutralität für sie nur ein Vorwand zum Kriege gewesen sei. Würde sie frei gewesen, sich vom Kriege fernhalten zu lassen, so hätte sie ziemlich sicher die Verletzung Belgiens verhindern können. Aber die Regierung sei durch geheime Verträge an andere im Kriege befindliche Parteien gebunden gewesen. Deshalb habe die I. L. O. jede Verantwortung für den Krieg und die Kriegspolitik der englischen Regierung abgelehnt.

Nicht nur die äußere, sondern auch die innere Politik und besonders die Haltung Lloyd Georges wurden von Jowett einer scharfen Kritik unterzogen. Die Rede endete mit einem Ausblick auf die Zukunft und die Aufgabe der Unabhängigen Arbeiterpartei, die Tätigkeit der Arbeiter auf die Errichtung des internationalen und industriellen Friedens in einer Welt freier Männer und Frauen hinzulenken. Das Referat über "Friedensbedingungen" hatte Clifford Allen, der zugleich Vorsitzender der Gesellschaft gegen die Dienstpflicht ist. Clifford Allen erklärte, der richtige Augenblick für eine "Krieg-gegen-Krieg-Propaganda" sei gekommen. Die I. L. O. dürfe nicht damit warten, bis alle Regierungen zum Frieden bereit seien, denn das könne bis zur völligen Erschöpfung aller Länder dauern. Die von J. B. Jowett eingebrachte Resolution mit einem Injektionsantrag von Fenner Brockway wurde einstimmig angenommen. Sie lautete folgendermaßen:

"Diese Konferenz begrüßt bezüglich den Anstrengungen der sozialistischen Genossen in allen kriegführenden Ländern, die versuchen, von ihren Regierungen eine Abstellung der Bedingungen zu erhalten, auf deren Grundlage sie bereit sein würden, Frieden zu schließen. Im weiteren enorme Opfer an Leben zu sparen, die Europa mit Krieg bedrohen, fordert diese Konferenz die Abgeordneten der I. L. O. auf, ihren gegenwärtigen Eifer auf die Regierung fortzusetzen, daß sie ihre Bereitwilligkeit versichert, den Frieden durch Verhandlungen zu erreichen. Ferner fordert diese Konferenz, daß das Internationale Sozialistische Bureau zusammengerufen werde, um den arbeitenden Mählern der kriegführenden und neutralen Länder eine wirksame Stimme im Hinblick auf die Friedensverhandlungen zu geben, anstatt sie in der Hand derer zu lassen, die Europa in den Krieg verwickeln. Sie fordert den Nationalrat auf, eine lebhafte Kampagne zugunsten der Beendigung des Krieges durch Friedensverhandlungen zu führen."

Bei der Debatte über den Punkt: "Partei und Dienstpflicht" kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Einem Teil der Delegierten war die Haltung der Partei nicht scharf genug. Sie verlangten Widerstand gegen das Dienstpflichtgesetz um jeden Preis. Die Mehrheit billigte jedoch das Vorgehen der Leitung. Genosse Philip Snowden erbat eine parlamentarischen Bericht. Er konnte hervorheben, daß kein einziges Mitglied der I. L. O. für das Dienstpflichtgesetz gestimmt habe, und daß mindestens sechs Mitglieder der Abgeordneten der I. L. O. mit größerer Schärfe noch sich gegen die Vorschläge wenden würden, die jetzt dem Parlament vorliegen. Die Tatsache, daß zwei Mitglieder der Fraktion, J. R. Clynes und James Parler, eine andere Auffassung bezüglich der Dienstpflicht haben und dies auch in Schreiben an die Konferenz bekundeten, veranlaßte den Stadtrat J. N. Dollan, eine Mißbilligungsresolution einzubringen, die zugleich erklärte, daß es der Partei unmöglich sei, sie bei den nächsten Wahlen zu unterstützen. Ueber die Resolution wurde nach eingehender Debatte, an der sich auch die Genossen Anderson, Wallhead und MacDonald beteiligten, zur Tagesordnung übergegangen. MacDonald betonte, daß, wenn die Verschiedenartigkeit der Auffassung eine dauernde bleibe, Parler und Clynes gehen müßten. Das gleiche müsse aber bei allen anderen Mitgliedern der Partei der Fall sein. Wenn sie ähnliche Erklärungen abgaben wie viele Mitglieder der Arbeiterpartei, würden sie nicht länger den Anspruch haben, als Sozialisten betrachtet zu werden.

Eine weitere Resolution, die die sofortige Abschaffung des Militärdienstgesetzes verlangt, wurde einstimmig angenommen. Desgleichen wurde die Hastenlassung der conscientious Objectors und eine Untersuchung der gegenwärtigen Verhältnisse bei der Prüfung ihrer Ansprüche gefordert. Die Deportation der Arbeiter und besonders Lloyd Georges Haltung in dieser Angelegenheit wurden aufs schärfste verurteilt, gegen die Verletzung der Volkstrente durch die Anwendung des Gesetzes über den Belagerungszustand heftig protestiert.

Eine der wichtigsten Entscheidungen des Kongresses bildete jedoch die von der Vermont-Gruppe eingebrachte Resolution. Sie lautete:

"Diese Konferenz ist der Meinung, daß die Sozialisten aller Nationen übereinkommen sollten, daß fürdeshin die sozialistischen Parteien verweigern sollten, irgend einen Krieg zu unterstützen, der von einer Regierung begonnen wird, was auch immer das angebliche Kriegsobjekt sei und selbst wenn der Krieg nominell einen defensiven Charakter trage, und die I. L. O. Delegation dahin zu instruieren, diese Politik auf der nächsten Internationalen Sozialistischen Konferenz zur Annahme vorzutragen."

Dr. Saller begründete die Resolution. Alle Regierungen hätten während des Krieges bestätigt, daß der Krieg nicht ohne die Unterstützung der Arbeiter geführt werden könne. Der Krieg könne deshalb auch durch die Sozialisten Europas zu Ende gebracht werden, wenn sie nur wollten. Für die Zukunft sei es aber nötig, eine Politik festzusetzen, die von der Internationale durchgeführt werden könne. Es gebe vier Möglichkeiten bei der Haltung der Arbeiterschaft zum Kriege:

1. Jede nationale Sektion unterstütze immer im Kriegsfall ihre Regierung.
2. Das sei den Tllets Volkslied "My country, right or wrong" (Mein Land, ob recht oder unrecht) oder besser "My Government, right or wrong" (Meine Regierung, recht oder unrecht). Eine sozialistische Partei, die diesen Standpunkt einnehme, würde ihre Stellung untergraben.
3. Jeder nationale Sektion solle absolute Aktionsfreiheit im Fall des Krieges gelassen werden, sie möge eine Haltung nehmen, wie sie ihr in Anbetracht des bestimmten Falles richtig erscheine. Es sei unermesslich, daß dann verschiedene Nationen verschiedene Ansichten vertritt. Von würde eine Wiederholung der gegenwärtigen Situation haben. Die Weimardiplomatie verbinde eine genaue Prüfung, die Welt könne heute noch nicht die wirklichen Zwecke des gegenwärtigen Krieges.
3. Jede nationale Sektion sollte nicht nur das Recht, sondern die Pflicht haben, einen Krieg zu unterstützen, der als Verteidigungskrieg begonnen sei.

Das sei die Stellung der alten Internationale, die jetzt niedergebroschen sei. Es sei sehr gut, vor dem Kriege von Verteidigungs- und Angrieffskrieg zu reden, aber wenn der Krieg begonnen habe, würde jeder Krieg zu einem Verteidigungskrieg. Die

Strategen würden immer sagen, die beste Verteidigung sei der Angriff. Es sei aber keine Sache, eine Politik für den Frieden und eine andere während des Krieges zu haben. Was für einen Zweck habe es, im Frieden zu erklären: "Arbeiter der Welt, vereinigt euch" und ihnen im Kriege zu sagen: "Schneidet euch die Hälse ab".

Die einzig mögliche sozialistische Politik gegenüber dem Kriege sei in der Resolution fixiert, um deren Annahme er bitte. Stadtrat Palin aus Bradford verteilte als einziger in der Diskussion die Meinung, daß über die Resolution nicht abgestimmt werden könne, da sie nicht von den Vereinen behandelt worden sei. Er wurde von Fenner Brockway und anderen widerlegt.

Bei der Abstimmung ergab sich, daß die Resolution mit 295 Stimmen gegen 3 angenommen worden war. Die Versammlung begrüßte das Referat mit lautem Applaus und sang stehend die "rote Fahne". "Labour Leader" sagt, kaum eine I. L. O. Konferenz habe je einen Enthusiasmus gesehen. Er überschreibt den Abschluß über diese Verhandlung: "Gegen alle Kriege: eine historische Entscheidung."

Nach andere durch den Krieg aktuell gewordenen Fragen wurden behandelt. Die wichtigsten Debatten und Entschliegungen haben wir wiedergegeben. Kann auch die Unabhängige Arbeiterpartei die Politik der englischen Regierung nicht lenken, wie sie es wünschte, so kann sie sie doch hier und da beeinflussen. Ein wenig von ihrem Einfluß war schon in der Antwort Asquiths auf die Rede Bethmann Hollwegs zu spüren.

**Aus Industrie und Handel.**

**Erweiterung der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G.**

In der Aufsichtsratsfassung der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft ist beschlossen worden, einer außerordentlichen Hauptversammlung die Uebernahme des Vermögens der Hülstener Bergwerks-A.G. und der Düsselburger Hölzer-Industrie unter Ausschluß der Liquidation und die Erhöhung des Grundkapitals der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft um 8 Millionen vorzuschlagen. Von dem Betrage der Kapitalerhöhung werden 3.750.000 M. für die Verschmelzung mit der Hülstener Bergwerks-A.G. und 4.250.000 M. für die Verschmelzung mit der Düsselburger Hölzer-Industrie benötigt. Das Umlaufverhältnis stellt sich auf 30.000 M. Gelsenkirchener-Aktien zu 48.000 M. Hülstener-Aktien und 3.400 M. Gelsenkirchener-Aktien zu 12.000 M. Düsselburger Hölzer-Industrie-Aktien. Die restlichen zur Deckung der Kosten der Verschmelzung und der Kapitalerhöhung bestimmten 750.000 M. Aktien sollen an eine Bankengemeinschaft gegeben werden.

Während die Aufnahme der Düsselburger Hölzerindustrie eine weitere Ausgestaltung der zwischen ihr und der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft seit längerer Zeit bestehenden Interessengemeinschaft bildet und seinerzeit bereits vertraglich vorgesehen war, stellt die Angliederung der Hülstener Bergwerks-A.G. eine erwünschte Erweiterung des bisherigen Wirkungsbereiches der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft dar, indem sie diesen auf die Zeinbleich- und Weichbleichherzeugung ausdehnt.

(W. Z. W.)  
Auf die vierte Kriegsausleihe wurden in der Berichtswende 276 Millionen Mark neu eingebracht. Gleichwohl verringerten sich die von den Darlehensklassen für die Zwecke der vierten Kriegsausleihe hergegebenen Darlehen um 86 Millionen Mark. Insgesamt hat jetzt auf die vierte Kriegsausleihe 8704 Millionen Mark gleich 81,3 Proz. des gesamten geschätzten Betrages eingebracht, davon nach der Abrechnung vom 6. Mai mit Hilfe der Darlehensklassen nur 854,2 Millionen Mark, also nur wenig über 4 Proz. der bisher überhaupt geleisteten Einzahlungen.

**Soziales.**

**Die "Preußenkasse" ein „kaufmännisches Institut“.**

Mit den wiederholt ergangenen Urteilen des Berliner Kaufmannsgerichts, nach denen die "Preussische Zentral-Genossenschaftskasse", kurz "Preußenkasse" genannt, als kaufmännisches Unternehmen anzusehen sei und darum der Kompetenz des Kaufmannsgerichts für die in Frage kommenden Angestellten unterstehe, wollte sich das Direktorium der genannten Bank nicht zufrieden geben. Es legte Verurteilung beim Landgericht ein. Aber ohne Erfolg.

Für die Auffassung des Direktoriums, daß die Preußenkasse eine Behörde und alle bei ihr tätigen Personen Beamte seien, führte der Bevollmächtigte der Bank, Geheimrat Ober-Dimonrat Raub, ins Feld, daß der Finanzminister die Anstellungsbedingungen vorzuschreibe. Die Bildung neuer Beamtenstellen sei von der Genehmigung des Ministers abhängig und müsse unter Umständen beide Häuser des Landtags beschäftigen. Das Landgericht trat der Auffassung des Kaufmannsgerichts ab, daß Kläger nicht Beamter, sondern Handelsgesellschafter, und daß Beklagte ein kaufmännisches Unternehmen sei, bei Beamte seien, so heißt es in der Begründung, diejenigen, welche einem politischen Gemeinwesen kraft eines besonderen staatsrechtlichen Aktes zur Leistung von dauernden Diensten in Anordnung unter ein vorgefertigtes Organ verpflichtet sind. Diese Voraussetzungen fehlen völlig bei dem Kläger. Neuerlich trete das schon dadurch in die Erscheinung, daß Kläger keinen Dienstleistung geleistet hat, sondern sich nur durch Handschlag zur Disposition verpflichtet machte. Kläger sei Handelsgesellschafter. Dem würde auch die Behördeneigenschaft der Beklagten nicht entgegenstehen. Auch der Staat könne ein Handelsgewerbe betreiben und infolgedessen Kaufmann sein. Beklagte betreibe aber zweifelslos ein Handelsgewerbe, nämlich das Bankgewerbe. Das Kaufmannsgericht sei darum zuständig.

**Der Stand der Arbeitslöhne in Rußland.**

Das russische Finanzministerium hat eine Enquete über den Stand der Arbeitslöhne veranstaltet, der zufolge es folgendes Ergebnis veröffentlicht: Die Löhne in der Landwirtschaft sind im Durchschnitt um 30 Proz. gestiegen; die Löhne der Jugendlichen sind zumeist höher als die Löhne der Frauen; die Löhne der Wanderarbeiter sind meistens um 100 Proz. gestiegen; in der Fabrikindustrie dagegen sind die Löhne gesunken, mit Ausnahme der Betriebe, die für die Bedürfnisse der Armee arbeiten.

**Eingegangene Druckschriften.**

Sozialistische Monatshefte, 3. Heft. Herausgeber: Dr. J. Bloch, 14 Tage im Heft, 60 Bl. Selbstverlag in Berlin, W. 85.  
Die richtige Ansicht über die Entscheidung der menschlichen Handlung. Von R. A. Kohan. 1,50 M. Kommissionsverlag J. Neufel, Prag.  
Rußland und Serbien 1804—1815 nach Urkunden der Geheimarchive von Petersburg und Paris und des Wiener Archivs. Von Dr. G. Gopcevic. 2,80 M., geb. 3,50 M. F. Schmidt Verlag, München.

**Wichtige Mitteilung für alle Leser! Eine große illustrierte Hausbibliothek gratis! Bestellschein Bw.**

Den Lesern teilen wir hierdurch ergeben mit, daß wir eine reich illustrierte Wochenschrift unter dem Titel "Welt und Wissen" herausgeben. Dieselbe bringt gemeinverständliche Abhandlungen aus allen Wissenschaften. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Die Mitarbeiter sind erste Sachverständige. Jedes Heft enthält ca. 20 Artikel, von denen nur ein Beispiel einige angeführt: Der Mensch in der Vögelwelt. — Wenn die Erde erlischt. — Gesundheit und Schönheit. — Der

Wille und dessen Sinnbild. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Uebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Welt. — Flüchtige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Verhaltensalter. — Verschwundene Städte in der Sahara. — Die Zukunft der Welt. — Unser Sonnensystem usw. usw.  
Anschließend erhält jeder Leser auf "Welt und Wissen" zu jedem Jahrgang drei komplette Werke vollständig

gratis. Im ersten Jahre: Die illustrierte Dimmelkumbe. — Illustriertes Buch der Technik. — Entdeckungsbilder nach dem Nord- und Südpol.  
Um zu ermöglichen, daß alle Leser darauf abonnieren können, haben wir die kleine Entschädigung, die wir notwendig haben müssen, auf nur 15 Pf. für ein 24 Seiten langes Heft festgesetzt.  
Den Bestellschein bitten wir auszufüllen und einzusenden.

Am die Expedition von "Welt und Wissen", Berlin-Schöneberg, am Part 11.  
Ich abonniere hiermit "Welt und Wissen" à 15 Pf. p. Heft durch Polen franco Post.  
Name: \_\_\_\_\_  
Ort, Straße: \_\_\_\_\_



Aus Groß-Berlin.

Die Höchstpreise für Hammel- und Kalbfleisch.

Bestimmungen über Wurstherstellung.

Der Magistrat hat gestern die Bestimmungen zur Regelung der Großhandels- und Kleinhandelspreise für Kalb- und Hammelfleisch, sowie für Rälber- und Hammelkram erlassen.

Die Preise für 1/2 Kilogramm sind, wie wir wiederholen wollen, folgende:

A. Kalbfleisch.

- 1. Fleisch nächtlicher Rälber: für Rücken und Keule mit Haze . . . . . 1,80 M. für die übrigen Teile . . . . . 1,70 "

B. Hammelfleisch.

- 1. Für fettes Hammelfleisch von Mastlammern und Masthämeln: Keule, Rücken, beide Rippe . . . . . 3,20 M. Dämmung, Hals, Vorderbein . . . . . 2,50 "

Es sind ferner Großhandelshöchstpreise für Rälber und Hammel und Groß- und Kleinhandelshöchstpreise für Rälber- und Hammelkram festgesetzt.

Ferner hat der Magistrat eine Verordnung erlassen, nach der die Herstellung folgender Wurstarten zugelassen ist:

- 1. frische Blutwurst mit Semmelzujag und andere Blutwürste, 2. frische Leberwurst mit Semmelzujag und Zwiebelleberwurst ohne Semmelzujag, 3. frische Bratwurst mit Wasser abgerieben und Saucischen sowie andere Bratwürste aus großem zerleinertem Fleisch, 4. Brühwurst (Wiener, Jauerische, Breslauer, Vordwurst, Knoblauchwurst, Frankfurter).

Zur Herstellung von Wurst dürfen lediglich das Blut, ferner von den Kramteilen aller Schlachttiere das Gefäßlinge, Gefäße oder Rücken und Kalbbaunen, sowie 1/10 des ausgefälschten Schweines einschließlich der Fettbäden des Schweines verwendet werden.

Der Preis für ein Pfund bester Ware darf in Berlin bei Abgabe an den Verbraucher die nachstehend benannten Beträge nicht übersteigen:

- 1. für frische Blutwurst mit Semmelzujag . . . . . 1,20 M. andere Blutwurst . . . . . 1,60 2. frische Leberwurst mit Semmelzujag . . . . . 1,20 Zwiebelleberwurst ohne Semmelzujag . . . . . 1,60 3. frische Bratwurst mit Wasser abgerieben und Saucischen . . . . . 1,80 andere Bratwurst aus groß zerleinertem Fleisch . . . . . 2,00 4. Brühwurst (Wiener, Jauerische, Breslauer, Vordwurst, Knoblauchwurst, Frankfurter) . . . . . 2,00

Zwiderhandlungen sind mit hohen Strafen bedroht. Auch diese Verordnung tritt bereits mit dem 11. Mai, also heute, in Kraft.

Die Berliner Fleischereinung und die polizeilichen Durchsuchungen.

Die Presse als Sündenbock.

Unter außerordentlich starker Beteiligung aus allen Groß-Berliner Innungen hielt Dienstagabend die Berliner Fleischereinung unter dem Vorsitz des Obermeisters Kriese im Innungshaus, Neue Grünstraße 28, ihre Mitgliederversammlung ab.

Ueber die polizeilichen Durchsuchungen in Berliner Fleischereibetrieben sprach Altmeister Burg. Er verteidigte das Fleischer-gewerbe gegen die Angriffe, die infolge der Durchsuchungen in der Presse erhoben worden sind und wandte sich vor allem scharf gegen gewisse übertriebene Berichte über das Ergebnis dieser Durchsuchungen.

An den Herrn Oberbelehshaber in den Marken.

Ueber die statagefundenen Revisionen in den Fleischereibetrieben der Stadt Berlin sind durch die Tagespresse übertriebene und unwahre Nachrichten verbreitet worden, wodurch die Verdüsterung Berlins nicht nur gegen das gesamte Fleischer-gewerbe grundlos aufgebracht worden ist, sondern auch die Gefahr bestand, zu Gewalttätigkeiten verleitet zu werden.

Zu einer zweiten Eingabe an den Berliner Polizeipräsidenten wird um Abhilfe der Mißstände gebeten, die sich darin gezeigt haben, daß es bei den Revisionen an einheitlichen Grundrissen gefehlt habe.

Ausnutzung der Kriegsnöte.

Und wird geschrieben: Eines der schwierigsten Probleme der Kriegswirtschaft ist die einigermaßen genügende Versorgung der breiten Massen mit fleischlicher Nahrung.

Gegen Lohndrückerei.

Das Kriegsbeschleunigungsamt des Gardekorps teilt mit, daß an Kahlloh für eine Hose aus Kahl 1,28 M., für eine Hose aus Kahl 2,63 M., für eine Gefangenenhose 1,88 M., für eine Gefangenen-jade 2,83 M. und für einen Pantel aus Fellschafwolle 3,30 M. an den letzten Arbeiter, also an die ausführende Hand, gezahlt werden müsse.

Nummerkarten für den Buttereinkauf. Die Berliner Verkehrs-polizei hat erwogen, ob es sich empfehlen würde, an die vor den Butterläden sich ansammelnde Menge Nummerkarten verteilen zu lassen.

Erwischte Nahrungsmittelverfälscher in Steglitz.

Das Geschäft des Vätermeisters Liedtke, Albrechtstr. 121, wurde polizeilich geschlossen, nachdem festgestellt worden ist, daß dieser Mann Stroh- und Holzmehl zu Brot und sonstigen Backwaren mitverarbeiten hat.

Von der Berliner Luftbarkeits-Steuerordnung vom 8. März 1913.

Besonders für die Besitzer von Autos ist eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts unter dem Aktenzeichen II. C. 88. 15 von größerem Interesse.

Stellungnahme zum „Vorwärts“-Konflikt.

In der am 8. Mai tagenden Funktionärsversammlung des Reichsvereins wurde folgende Resolution angenommen:

Die Funktionäre des Reichsvereins erklären nach Kenntnisnahme der Räumung des Genossen Meyer diese Räumung als einen Akt der Individualität.

mal der unter 80 Pf. befindliche Eintrittspreis für sich galt und steuerfrei war, oder ob es sich um die Teilnahme an einer Vorstellung handelte und ob so als Eintrittspreis die beiden Beträge zusammengerechnet zu gelten hätten, was die Steuerpflicht begründen würde.

Mit Gas vergiftet

Hat die in der Ehlauer Straße 1 wohnende Frau Neumann sich und ihre beiden Kinder im Alter von 5 und 7 Jahren. Als der Ehemann am Dienstag nach Hause kam und die Wohnung betrat, fand er alle drei bewusstlos vor.

Ein viertes Opfer hat das Unglück in der Loeweschen Fabrik in Wittenau gefordert, über das gestern berichtet wurde. Im Paul-Gerhardt-Stift starb außer dem Monteur Gahn, der so schwer ver-brüht wurde, daß er schon auf der Unfallstelle verschied, und dem Monteur Dippelt und Dannenberg, der 55 Jahre alte Ober-monteur Heinrich Mühschen aus Charlottenburg.

Bei der Arbeit vom Tode überrascht wurde gestern die 29 Jahre alte Fabrikarbeiterin Martha Lehmann aus der Lippebner Str. 31.

Ein Straßenbahnzusammenstoß, bei dem vier Personen verletzt wurden, ereignete sich gestern um die Mittagszeit an der Friedrich- und Eißner Straße. Ein Triebwagen des Stadtrings I bog von der Eißner Straße in die Friedrichstraße ein, als ein Triebwagen der Linie 97 von der Karlstraße her nach der Chausseestraße zu gefahren kam.

Schwerer Unglücksfall auf einer Wanderung. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Her des Großjensees. Dort lagerte ein Trupp Wandervögel, um abzufischen. Als einer der jungen Leute Spiritus auf seinen Kochapparat, den er vorher vermeintlich gefüllt hatte, nachgesehen wollte, explodierte der Apparat und der brennende Spiritus ergoß sich über den jungen Mann, dessen Kleidung sofort Feuer fing.

Die Firma Morgenstern schreibt uns zu unserer Notiz in der Sonntagsummer: „Auf der Suche nach Sped und Fleisch“, daß die in der Eberstraße verkaufte Wurst durchaus einwandfrei gewesen sei.

Aus den Gemeinden.

Fleischkarten in Steglitz.

Zur Regelung des Fleischverkaufs sollen demnächst Fleischkarten eingeführt werden, die voraussichtlich auf 1/2 Pfund pro Kopf und Woche lauten werden. Bis dahin ist angeordnet worden, daß sämtliche Fleischläden gleichmäßig früh um 7 Uhr geöffnet werden müssen.

Aus der Tegeler Gemeindevertretung.

In der letzten Sitzung wurden zunächst die neu- resp. wieder-gewählten Vertreter, unter ihnen Genosse Labung, auf ihr Amt verpflichtet. Sodann wurde ein längerer Erlaß des Ministers des Innern vom 18. März 1916 an die Ober- und Regierungs-präsidenten zur Kenntnis gebracht, der auf die öffentlich-rechtlichen Verhältnisse der Gemeindevertretungen des näheren eingeht.

Stellungnahme zum „Vorwärts“-Konflikt. In der am 8. Mai tagenden Funktionärsversammlung des Reichsvereins wurde folgende Resolution angenommen: Die Funktionäre des Reichsvereins erklären nach Kenntnisnahme der Räumung des Genossen Meyer diese Räumung als einen Akt der Individualität.

